

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Adresse: Bochum Nr. 576 13
Telefon-Nr. 4300, 4301
Angelegten, Berlin S 14, Wladimirstr. 65

Abonnementspreis durch Boten oder Post vierteljährlich 2,25 RM. Einzelnummer 50 Pfg.
Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Limberg, Essen. Druck: S. Hartmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Wilmelshausen Straße 38/42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegraph: Altkorb-Bochum

25 Jahre Gewerkschaftsinternationale!

Die Gründung auch nur des kleinsten Arbeitervereins bezeichnet Johann Jacoby einst als eine größere Tat, als die Schlacht von Sadowa. Als Johann Jacoby diese Worte schrieb, waren sie eine in gute Form gebrachte Selbstverständlichkeit, da man damals noch den 66er Krieg als ein notwendiges Vorbild zur Schaffung eines einheitlichen Deutschland ansehen konnte. Heute kann man Arbeiterbewegung und Schlächten überhaupt nicht mehr in Vergleich stellen in bezug auf ihren Kulturwert. Krieg ist in kapitalistischer Zeit stets falsche Rechnung, Wahnsinn, Kulturmord, während die Arbeiterbewegung in ihrem hohen Kulturwert überhaupt nicht mehr bestritten werden kann. Aber Millionen von Arbeitern haben den Kulturwert der Arbeiterbewegung noch nicht begriffen! Für sie gilt zum Teil noch das Wort Lassalles, daß man dem ausländischen Arbeiter nur den Weg zu zeigen brauche, der aus dem Elend hinausführe, dem deutschen Arbeiter aber erst begreiflich machen müsse, daß er im Elend stehe. Solange er noch ein Glas Bier und ein Stück schlechter Wurst habe, sei er zufrieden. Allerdings sind auch Lassalles Worte überholt. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie im Elend stehen, sie kennen auch zu 90 Prozent den Weg, der sie hinausführen könnte: die Organisation! Es gibt nur verhältnismäßig wenige Industriearbeiter, die noch nicht Mitglied einer Gewerkschaft waren, manche waren zweimal, dreimal und öfter Mitglied. Aber dann war die Not groß, das Beiragszahlen wurde verbummelt oder die Frau machte Krach über die „unnötigen“ Ausgaben oder der Kumpel ließ sich aufheben von denen, die auf die „Führer“ schimpften und ihnen alle Schuld gaben, daß es nicht oder nicht rasch genug besser wurde.

Die Unternehmer und ihre Frauen werden von solchen Zweifeln nicht geplagt. Sie wissen nur zu gut, daß nur im Zusammenschluß die Kraft liegt und daß für die Organisation kein Opfer zu groß ist!

Wollen nicht endlich auch die Arbeiter die Lehren der Vergangenheit verstehen? Was für die Arbeiter an sozialen Eigenschaften noch nicht erreicht wurde oder verloren ging: eigene Schuld der Arbeiterklasse ist es! Man kann vom Unternehmer nicht erwarten, daß er in sozialer Hinsicht mehr tut, als wozu ihn seine privatkapitalistische Einsicht oder der Zwang der Gesetzgebung oder die Macht der Arbeiterklasse zwingt. Was er in dieser Hinsicht spart, vergrößert (wenn auch nicht immer) seinen Profit, sein Vermögen. Für die Arbeiter handelt es sich aber um den notwendigsten Lebensunterhalt, den allenotwendigsten Schutz für Gesundheit und Leben, für die Tage der Krankheit und Invalidität.

Deshalb sollte der organisierte Kampf der Arbeiter eine Selbstverständlichkeit für jeden Arbeiter sein!

Das gilt für die Organisation im Lande, es gilt aber auch für die internationale Organisation. Alle Industrielande und besonders ihre Arbeiter sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Zwingt man dem englischen Bergmann längere Arbeitszeit auf, so hat das seine gefährlichen Rückwirkungen auf die Arbeiter anderer Länder. Die Verschlechterung der französischen Valuta schafft Schmutzkonkurrenz für die deutsche Industrie, unter der die deutschen Arbeiter leiden. Zollwächer in einem Lande ruft Gegenmaßnahmen in anderen Ländern hervor, zieht Verteuerung der Lebenshaltung nach sich usw. Deshalb brauchen die Arbeiter die internationale Organisation!

Am 21. August sind fünfundsanzig Jahre seit der Gründung der Gewerkschaftsinternationale vergangen. Das ist wohl ein Anlaß, stolz und freudig zurückzublicken auf das, was hier in dieser Zeit geleistet wurde. Die Gewerkschaftsinternationale, gestiftet durch den Krieg, ist rasch wieder aufgeblüht. Aber sie wird in Zukunft eine noch höhere Bedeutung als in der Vergangenheit haben. Internationale Kali-, Chemie- und Eisenverbände werden die Kapitalisten eng zusammenschweißen und eine internationale Fronte gegen die Arbeiter bilden lassen! Deshalb brauchen wir eine starke Internationale, fußend auf starken nationalen Organisationen!

Zur Erinnerung an die Gründung der Gewerkschaftsinternationale wird in allen Ländern eine Werbeweche für die Gewerkschaften stattfinden, und zwar in der Woche vom 13. bis 19. September.

Auch die deutschen Gewerkschaften werden diese Werbeweche, die sich infolge ihres internationalen Charakters zu einem Wettbewerb der nationalen Bewegungen auf dem Gebiete der Werbemittelgehaltigkeit gestalten wird, durchführen. Versammlungen der Verbände und Kundgebungen der Ortskartelle werden an den am

besten dazu geeigneten Tagen stattfinden, aber das wichtigste Mittel der Werbung wird auch diesmal die stillere

Hausagitation und die Agitation in den Betrieben

sein. Diese Methoden haben sich immer wieder als die erfolgreichsten bewährt.

Das bedeutet, daß die wichtigste Aufgabe in dieser Werbeweche den Funktionären in den Betrieben und den Mitglie d e r n zufällt. Sie dürfen es in dieser Woche noch weniger als sonst in der Agitation bei dem bewenden lassen, was von den Ortsverbänden, Ortsauschüssen, Bezirksleitungen und Zentralvorständen geschieht. Diese Stellen werden sie mit Material versorgen und insbesondere den Funktionären rechtzeitig Fingerzeige für die Agitation geben. Aber dennoch muß sich jedes Mitglied, Mann und Frau, selber kräftig rühren. Schon jetzt müssen sich alle auf die bevorstehende Arbeit vorbereiten. Alle müssen sich, angeporrt von ihrer Ueberzeugung vom Wesen und Wert gewerkschaftlichen Wirkens, selber wieder einmal vertiefen in die Gedankengänge unserer Bewegung und sich aus eigenem Können das Material vergegenwärtigen, das zur Verwendung in der persönlichen Werbung geeignet ist, das Ueberzeugungskraft besitzt und der Widerrede der Amtvorbenen standhält. Wir müssen ja auf jeden Widerspruch gefaßt sein. Und da gilt es nicht, große, wohlgeleitete Reden zu halten, sondern bereit und in der Lage zu sein, auf jeden Einwand einen neuen Grund für die Erwerbung der Mitgliedschaft folgen zu lassen.

Und dann darf es vom 13. bis 19. September keine Ruhe geben, bis das Menschennögliche getan ist. Kameraden! Saltet euch die Bedeutung der Aktion vor Augen, denkt daran, daß gleichzeitig mit uns in allen anderen Ländern unsere Genossen in dem gleichen Streben bemüht sind, die Macht und Größe ihrer Organisation zu mehren!

Heran zur Vorbereitung und Durchführung dieser Arbeit!

Die Leistungen der Gewerkschaften.

Die Aufgabe der Gewerkschaften umfaßt unendlich viel. Sie bezieht sich nicht nur auf eine Verbesserung des Lohneinkommens der Arbeiterschaft, sondern auch auf die Vermehrung der Freizeit und damit sofort auch auf die einer Hebung des kulturellen Niveaus der Arbeiterschaft dienende Verwendung der gewonnenen Freizeit. Die Gewerkschaften erstreben materielle Erfolge in dem Bewußtsein, daß jede materielle Verbesserung sich umkehrt in eine Verbesserung der kulturellen Lage und eine Steigerung der sittlichen und geistigen Kräfte der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften umfassen also mit ihrem Wollen den ganzen Menschen und sein ganzes Leben, eingeschlossen das Leben seiner Familie und die Zukunft seiner Kinder.

Die Mittel, deren sich die Gewerkschaften bedienen, und die Kräfte, die sie in Bewegung setzen, um diese Aufgabe zu erfüllen, sind zahlreich und verschiedenartig. Sie gehen stets aus von der materiellen Lage des Arbeiters, aber sie dienen alle dem höheren Ziel. Sie wollen helfen in allen Nöten, aber auch dem Wohle des Arbeiters und der Seinen in guten Stunden dienen.

Der Erfolg, von dem solches Bemühen der Gewerkschaften begleitet ist, ist nicht immer meßbar. Nur an der Größe der Aufwendungen, die von den Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer einzelnen Aufgaben gemacht werden, läßt sich die Größe dieser Aufgabenerfüllung, der weite Umkreis und die Wirkung der Betätigung der Gewerkschaften ermessen. Angesichts des keineswegs roh-materiellen Charakters der Ziele der Gewerkschaften mag dieser Maßstab unvollkommen erscheinen, aber es ist doch für die Beurteilung der Leistungen der Gewerkschaften — auch zur Förderung ihrer jenseits des Materiellen liegenden Absichten — von unendlicher Bedeutung, wenn wir feststellen können, daß die Gewerkschaften allein

im Jahre 1925

- 14,1 Millionen für Krankenunterstützung,
- 13,8 Millionen für Arbeitslosenunterstützung,
- 1,0 Millionen für Invalidenunterstützung,
- 1,7 Millionen für Unterstützung bei Sterbefällen,
- 1,0 Millionen für Unterstützung bei sonstigen Notfällen,
- 0,5 Millionen für die Unterstützung Gemafregelnder,
- 2,8 Millionen für Bildungszwecke verschiedenster Art,
- 4,3 Millionen für die Gewerkschaftspressen und schließlich
- 25,9 Millionen für Unterstützung bei Streik und Aussperrung angewendet haben!

Bedarf es noch einer Erläuterung dieser Zahlen?

Ein ungeheures Maß sozialer Not spricht aus ihnen, aber auch ein gewaltiges Aufgebot an Kraft und Mühe, die Not zu lindern, notleidende Brüder vor dem Versinken in Verzweiflung zu bewahren und ihre Lebenslage auf einer Ebene zu halten, von der aus ihnen ein fernerer Aufstieg in besseren Tagen möglich ist. Und von unverbürlicher Energie im aktiven Kampfe um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse zeugen die nahezu 26 Millionen für Streiks und Aussperrungen, zu denen jedoch noch ein Aufwand von 1,5 Millionen für die Durchführung anderer Lohnbewegungen, die nicht zum offenen Kampfe führten, hinzuzuzählen ist.

Aber noch deutlicher erkennen wir die Bedeutung dieser Zahlen, wenn wir zurückblicken auf den Weg, den die Gewerkschaften gehen mußten, um diese Kraft, die solche Leistungen erlaubt, zu erwerben, wenn wir die Zahlen von 1925 vergleichen mit denen des Jahres 1900. Das fünfundsanzigjährige Jubiläum der Internationale, das demnächst begangen wird und das wir zum Anlaß nehmen, um in aller Welt zu werben für den gewerkschaftlichen Gedanken und die gewerkschaftliche Organisation, legt diesen Rückblick nahe. Für

das Jahr 1900

wurden folgende Angaben verbucht: Krankenunterstützung 650 000 Mk., Arbeitslosenunterstützung 500 000 Mk., Umzugskosten, Unterstützung in Sterbefällen und in sonstigen Notfällen 205 000 Mk., Invalidenunterstützung 113 000 Mk., Gemafregelnderunterstützung 97 000 Mk., Streikunterstützung 2 600 000 Mk.

Auch das sind schon ansehnliche Beträge. Aber unendlich weit und voller Dornen war der Weg, den die Gewerkschaften zurücklegen mußten, um zu den Leistungen von 1925 zu kommen, um die Kraft und Geltung zu erlangen, die sich in diesen Leistungen spiegelt. Unendlich ist der Nutzen, den die Kämpfer jener Zeit durch ihr unverbürliches Beginnen für die gestiftet haben, die heute auf dem damals gefauten Fundament stehen. Und unendlich ist der Vorteil, den von jeglichem Wirken der Gewerkschaften — in vergangenen wie in unseren Tagen — alle Angehörigen der Arbeiterklasse haben, auch die, welche nicht zu den Opfern gezählt haben, die als Beiträge und durch die Teilnahme an den Kämpfen der Organisationen gebracht werden mußten, damit die Erfolge erzielt und Jahr für Jahr die angeführten Aufwendungen in steigendem Maße gemacht werden konnten.

Zur Lage in England.

Der Friedensvorschlag der Bischöfe, der darauf hinausläuft, daß der Staat durch Weiterzahlung der Subvention auf einige Monate die Wiederaufnahme der Arbeit ohne Arbeitszeitverlängerung ermöglichen und die Bergleute eventuell später eine Lohnreduktion in Kauf nehmen sollten, war schon gleich nach seiner Veröffentlichung gefährdet durch die Erklärung Baldwins, daß an die Weiterzahlung der Subvention nicht zu denken sei. Aber wahrscheinlich ist man sich auch in England ebenso klar darüber, daß dieser Kampf ohne einige weitere Monate Subvention nicht liquidiert werden kann. Die Zeitung des Bergarbeiterverbandes, in der *Coal* entgegenkommende Worte zum Vorschlag der Bischöfe fand, gab das Memorandum der Bischöfe zur Abstimmung an die Bezirke. Knapp 700 000 Bergleute beteiligten sich an der Abstimmung, die Mehrheit für die Ablehnung betrug einige Tausend. Die Bergleute scheinen in manchen Bezirken noch hartnäckiger zu sein als *Coal*. Daß sie alle von Arbeitszeitverlängerung und Abbau der Durchschnittslöhne nichts wissen wollen, ist selbstverständlich. Etwas anderes ist es aber wohl mit den Spitzenlöhnen, die stellenweise 20 bis 25 Mk. pro Schicht betragen haben sollen. Wir vermuten, daß es sich hier um „Ringeltauben“ handelt, deren Beseitigung auf die Löhne im allgemeinen gar keinen Einfluß haben würde.

Eine neue Konferenz des Verbandes am 16. August soll nun aufs neue Stellung nehmen. Die Unternehmer sind hartnäckig wie bisher, sie wollen die Stunde Schichtverlängerung und dazu noch in einzelnen Bezirken Lohnherabsetzung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der für den englischen Generallstreik 1½ Millionen zur Verfügung stellen konnte, hat eine neue Sammlung aller Landesorganisationen für die englischen Bergleute ausgesprochen.

Aufgabe der deutschen Arbeiter und der deutschen Bergleute insbesondere muß es sein, nach besten Kräften durch Unterstützung unserer Sammlungen den englischen Kameraden in ihrem schweren Kampf zu helfen.

Kameraden!

Seit Monaten befinden sich die englischen Bergarbeiter im Abwehrkampf gegen die von den Unternehmern geplante Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. Die Unterstützung der kämpfenden Berufskameraden mit ihren Familien erfordert ungeheure Summen, an deren Aufbringung sich an erster Stelle die gesamte internationale Bergarbeiterschaft beteiligen muß.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ist auch unser Kampf. — Pflicht eines jeden deutschen Kameraden ist es deshalb, sich an der Zeichnung auf den vom Verband herausgegebenen Sammel-Listen zu beteiligen.

Übt Solidarität!

Das Arbeitslosenproblem ein europäisches Problem.

Sechs Millionen Arbeitslose in Europa.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß der Weltkrieg eine vollständige Neuverteilung der Industrien aller Länder, ja der ganzen Erde herbeigeführt hat. Die Ausstrahlung dieses gewaltigen Ereignisses ist eben auf alle Volkswirtschaften der Erde nicht ohne Einfluß geblieben. Alle Industrieländer haben an Einfluß teilweise, zumindest bei gewissen Industriearten, sogar ihre Weltstellung verloren. Neue Industrieländer, Wirtschaftsgebiete und zusammenhängende größere Märkte sind entstanden. Nach Rückkehr der alten Industrieländer zu ihrer Vorkriegsproduktion zeigte es sich bald, daß durch die Einbeziehung neu entstandener nationaler Industrien in den Kreislauf der Weltwirtschaft die industrielle Weltkapazität sich so erweitert hat, daß Produktion und die derzeitige Möglichkeit des Verbrauchs der erzeugten Güter in einem argen Mißverhältnis stehen.

Von den unterentwickelten Ländern abgesehen, jagt in den übrigen europäischen Ländern eine Krise die andere. Die sechs Millionen arbeitsloser Industriearbeiter, die Europa zurzeit mitschleppen muß, sind eines der Resultate der industriellen Ueberjegung. Andererseits brüden diese Millionen die an sich schon geschwächte Kaufkraft weiter herab und verschärfen die Krise.

Die kapitalistische Welt aller Staaten ringt um einen Ausgleich, aber sie übersteht, daß das Problem kein nationales, sondern längst ein Weltproblem geworden ist oder auch, wenn man enger und näherliegender denken will: ein europäisches Problem.

Der Kampf um Ausschaltung des künstlich und treibhausmäßig entwickelten ist in der europäischen Wirtschaft besonders notwendig, aber auch ein besonders schwieriger. Die neu zur Industrialisierung gekommenen europäischen Staaten wollen naturgemäß ihre hochgezüchteten Industrien beibehalten, ja, wenn irgend möglich, weiter nach aufwärts entwickeln. Demgegenüber führen die alten Industrieländer einen scharfen Kampf, um ihre ehemaligen, aber durch den Krieg verloren gegangenen Märkte wieder zurückzuerobieren. Nun ist eines sicher: Manche der durch den Weltkrieg in den industriellen weltwirtschaftlichen Wettbewerb eingetretenen Staaten werden ihre durch Krieg und Nachkriegszeit erungene Position nicht auf die Dauer behaupten können. Sie werden im Wettbewerb gegen die älteren Industrieländer in vielen Punkten nicht bestehen können. Weder im Preis, noch bei der Güte der Waren. Soweit Europa in Frage kommt, ist dies zum Beispiel bei Spanien, Portugal, Dänemark, Norwegen, den neugebildeten Staaten im Osten und einigen Erben der ehemaligen Habsburger Monarchie unübersehbar. Selbst Italien kann sich auf manchen Industriegebieten nicht dauernd behaupten. Oft waren auch mangels der Rohstoffbasis die Voraussetzungen für diesen oder jenen Industriezweig gar nicht gegeben und nur durch die besonderen, durch den Krieg veranlaßten Verhältnisse waren diese Industriezweige rentabel und lebensfähig.

Aber nun das Stimmliche eines solchen Industriezweigs zu erkennen und nur solche Industriezweige zu fördern, die wirklich die Voraussetzungen für den Wettbewerb bieten, dazu waren die einzelnen europäischen Sonderwirtschaften aus nationalen Gründen nicht zu haben. Sie gingen vielmehr, um die nicht wettbewerbsfähigen Industriezweige weiter aufrecht zu erhalten, zur protektionistischen Wirtschaft über. Der Kern der protektionistischen Wirtschaft sind Staatsinterventionen, also Zuschüsse zu den Produktionskosten, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu steigern. Dieses System wird in der Regel weiter unterstüßt durch Errichtung von Zollschranken zugunsten der Industrien, die man schützen will. Die Folge eines solchen protektionistischen Wirtschaftssystems ist, daß die heimischen Industrieerzeugnisse an Qualität hinter den Produkten der Wettbewerbsländer zurückbleiben und trotz schlechterer Qualität die Produkte der heimischen Industrie in einer gewissen Preishöhe gehalten werden, die über dem Weltmarktpreis liegt.

Unter solchen protektionistischen, von nationalen, aber wirtschaftlich durchaus falschen und das ganze Volkswohl schädigenden Gesichtspunkten werden heute fast alle europäischen Länder geleitet. Namentlich die neugebildeten oder die durch Friedensverträge erheblich vergrößerten europäischen Staaten sind dem protektionistischen Wirtschaftssystem unterworfen. Alle diese europäischen Staaten haben eben das Bestreben, neben der erlangten oder erweiterten staatlichen Selbstständigkeit auch zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit zu kommen. Ein protektionistisches Wirtschaftssystem hat aber nicht nur zur Folge, daß teuer und minderwertig produziert wird, sondern auch, daß die heimische Kaufkraft

erheblich herabgedrückt wird. Diese durch die protektionistischen Wirtschaftstendenzen herbeigeführte verringerte Kaufkraft in allen europäischen Wirtschaften ist das große Uebel, unter dem neben anderen Ursachen die gesamte europäische Wirtschaft heute leidet. So wird auf der einen Seite die Konsumkraft der großen Allgemeinheit erheblich herabgedrückt und auf der anderen Seite das Wirtschaftsleben aller Staaten erheblich erweitert. Und in diesem unausgeglichenen, künstlich durch außerhalb der Wirtschaftswelt liegende Kräfte und Energien zerrütteten europäischen Wirtschaftsleben muß naturgemäß eine Krise der anderen folgen. Seit Jahren ist die europäische Wirtschaft nicht krisenfrei gewesen und wird es auch nach Lage der Verhältnisse in den nächsten Jahren nicht werden können, wenn nicht auf dem Boden der Verständigung Europa zu einer vollständigen Neuverteilung der Industrien und einer grundsätzlichen Aufgabe der protektionistischen Wirtschaft kommt. Die Zollschranken und die Subventionen der heimischen Industrien aus politischen Gründen müssen fallen. Dann wird die Allgemeinheit aller europäischen Staaten die Waren billiger und in besserer Güte kaufen können, als es bisher möglich ist. Es ist klar, daß, wenn die Warenpreise in ganz Europa von den Subventionen und den Schutzzöllen entlastet und um diese Differenz billiger werden, die Kaufkraft erheblich sich verbessern muß.

Das ist der springende Punkt, wenn die sechs Millionen Arbeitsloser, die Europa zurzeit mitschleppen muß, wieder in den Produktionsprozeß eingeschaltet werden sollen. Neben der gesteigerten Kaufkraft werden dann auch diese neu wieder als Käufer auftretenden Millionen das europäische Wirtschaftsleben beleben und befruchten können. Der Gedanke, der jetzt in gewissen Wirtschaftskreisen propagiert wird, eine europäische Zollunion, ein wirtschaftliches Pan-Europa zu schaffen, ist daher auch für die Gewerkschaften auf seine Verwirklichung hin zu begrüßen. Denn gerade die Gewerkschaften haben ein Interesse, wenigstens den ihnen am nächsten liegenden europäischen Markt in einer gewissen Ordnung und wirtschaftlichen Planmäßigkeit zu sehen. Eine solche paneuropäische, zollunionistische wirtschaftliche Planmäßigkeit mit internationaler Zusammenarbeit sowie mit produktiv fördernden Kartellvereinbarungen, Zollherabsetzungen und Verkehrsvereinfachungen wird zweifellos den Boden für größere Märkte, größere Absatzgebiete, gesteigerte Leistungsfähigkeit bei verbilligter Produktion abgeben. Und eine solche Wirtschaft bietet auch die Aussichten, das Arbeitslosenproblem, das zu einem europäischen Problem geworden ist, in begrenzter Möglichkeit zu lösen, soweit ein solches Problem in einer kapitalistisch orientierten Wirtschaft überhaupt lösbar ist.

Verfehlte Wirtschaftspolitik.

Das kürzlich zum Abschluß gekommene Handelsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich gibt wieder einmal Anlaß, auf die verfehlte deutsche Wirtschaftspolitik hinzuweisen. Noch ehe das Weistbegünstigungsrecht Frankreichs am 19. Januar 1925 gefallen war, begannen die Verhandlungen zwischen den beiden großen Zentralstaaten Europas über den Abschluß eines Handelsvertrages. Das sind in wenigen Wochen zwei Jahre her. Daß man sich in dieser Zeit mit kurzfristigen Abkommen behelfen mußte und daß auch das neueste Abkommen nur ein Provisorium ist, haben wir nicht zuletzt der verfehlten deutschen Wirtschaftspolitik zu danken. Die deutschen Regierungen vermochten nicht den Entschluß zu einer eigenen Handelspolitik aufzubringen, sondern sie überließen wichtige Abmachungen der privaten Industrie. Und erst nachdem diese genügend vorgearbeitet hatten, wagte man es, aus der Reserve herauszutreten.

So ist es durchaus kein Zufall, daß der Abschluß eines provisorischen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich mit dem Zustandekommen eines kontinentalen Eisenkartells zusammenfällt. So ließ man sich wichtige Positionen, Druckmittel von geradezu überragender Bedeutung aus der Hand nehmen. Man war sich teilweise im Zweifeln, ob der Hauptvertragspartner im Ruhrgebiet jaß oder im Ausland der Agrarier, die sich schützend vor die sogenannten landwirtschaftlichen Belange stellten und es vorzüglich verstanden, die „armen, bedauernswerten“ Winzer in den Vordergrund zu stellen.

Das Handelsabkommen hat den Vorzug, daß es auf sechs Monate abgeschlossen ist, was gegenüber den Dreimonatsabkommen wie bisher immerhin ein Fortschritt ist. Das Niederlassungsrecht, d. h. die Weistbegünstigung für den Reiseverkehr, den Luienthalt, die Niederlassung, für die Ausübung von Handel, Gewerbe und jeden anderen Beruf, das von beiden Staaten zugesprochen wurde, ist ein weiterer Fortschritt dieses Abkommens. Für Deutschland

um so mehr, da von Frankreich auch Teile des Kolonialbestandes darunter die früheren deutschen Kolonien Togo und Kamerun einbezogen wurden. Für die friedliche Verständigung der beiden Völker, die allen Grund haben, alle Steine aus dem Wege zu räumen, ist dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die deutsche Export erhielt gewisse Erleichterungen. So in der Artikeln: Maschinen, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse, Lederwaren, Vinoleum, Spielwaren, Bijouterien usw. Für Automobile wurde den Franzosen die Weistbegünstigung zugesprochen, weil man annahm, daß z. B. der Citroenwagen keine größere Konkurrenz darstelle als der Fordwagen. Frankreich erhielt weite Zugeländnisse in der Einfuhr von Seide, Korsetts, Damenhüten, Handschuhen, Parfümerien, Seifen usw.

Wie bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Italien und Spanien spielten auch hier die Fragen der Weistzölle eine große Rolle. Es ergab sich wieder für einen industriellen Exportstaat wie Deutschland die so eigentümliche Situation, daß die Interessen der Industrie gegenüber denen der Winzer zurücktreten mußten. In der dem Auslandigen Amt nachstehenden Industrie- und Handels-Ztg. lesen wir über die Behandlung der Eisenzölle:

„In der Weinfrage wünschte Frankreich ebenfalls die von Deutschland anderen Ländern gegebenen Zugeländnisse. Dem gegenüber wollte die deutsche Delegation in der Weinfrage keine Zugeländnisse machen, um die auf dem deutschen Weltmarkt seit dem Abkommen mit Spanien eingetretene Verbilligung nicht wieder zu stören. Daß es gelang, allen französischen Wünschen gegenüber ablehnend zu bleiben, so daß in den jetzt festgelegten Listen Wein überhaupt nicht erwähnt wird, stellt zweifellos einen starken Erfolg der deutschen Delegation im Interesse der deutschen Landwirtschaft dar.“

Beachtenswert ist der demagogische Kniff, Weinbau und Landwirtschaft gleichzustellen. Die deutsche Regierung rühmte sich also ihres Erfolges in der Weinfrage. Nach unserer Meinung wäre es besser gewesen, die deutsche Delegation hätte mehr Erfolg für die deutsche Industrie erzielt, damit der deutsche Export befestigt und der Arbeitsmarkt auf diese Weise hätte günstig beeinflusst werden können.

Bezüglich des Frischgemüses ist es im wesentlichen bei den Vereinbarungen vom 12. Februar 1925 geblieben. Bei den Uebfeln wurde ein Satz von 3 Mk. seitens Deutschlands gewährt, wohingegen Italien nur ein Satz von 2 Mk. gewährt wurde. Bezüglich der Südfrüchte erhielt Frankreich weiter einige Zugeländnisse. Das alles hindert unsere Agrarier nicht, in ihrer Presse zu verkünden, das Abkommen verstoße gegen die deutsche Landwirtschaft.

Gebrannt konnte man sein, wie sich die beiden Regierungen in ihrem Handelsabkommen mit der Eisenfrage abfinden würden. Wir wollen unseren Lesern den betreffenden Ubiß über den Pakt der westeuropäischen Eisenindustrie nicht vorenthalten, weil er unseres Erachtens ein treffendes Beispiel dafür ist, wie in der Sprache der Diplomaten mit vielen Worten nichts gesagt wird:

„Die deutsche und die französische Regierung haben im Verlauf der Verhandlungen über das provisorische Abkommen die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens unterucht, das die Durchführung der deutsch-französischen Abkommen, an denen die eisenhaltenden Industrien beider Länder beteiligt sein könnten, gestattet, sobald die Regierungen ihre Zustimmung zu diesen Abkommen erteilt haben. Die beiderseitigen Regierungen beschließen daher, sich auf Verlangen der einen von ihnen über die Folge zu beraten, die den vorgesehenen Abkommen der eisenhaltenden Industrien sowohl bezüglich der Zollbedingungen, unter denen sie durchgeführt werden, als auch bezüglich jeder anderen mit diesen Abkommen zusammenhängenden Frage zu geben wäre.“

In klar verständliches Deutsch übertragen heißt das: Die Eisenindustriellen hüben und drüben können machen was sie wollen; sie werden von den Regierungen nicht daran gehindert. Die Frage der Einfuhr und Ausfuhr von Eisen wird von privaten Gruppen geregelt. Die Zollfrage für diese Produkte scheidet vorläufig aus. Die chemische Industrie wurde direkt aufgefordert, ebenfalls eine private Verständigung unter sich herbeizuführen!

Wenn auch die Fortschritte in den Handelsbeziehungen Deutschlands und Frankreichs anerkannt werden sollen, so offenbart doch gerade dieses Abkommen, wie widersprüchlich und einseitig die deutsche Wirtschaftspolitik ist. Obwohl der deutschen Winzern, deren Zahl sich um 1500 herum bewegen soll, Millionencredits, Steuerbegünstigungen und sonstige Zuwendungen verschafft wurden, sind es ihre Interessen in erster Linie, die die Vertreter der deutschen Regierung in Frankreich wahrzunehmen sich verpflichteten. An die Millionen Arbeitsloser scheint man sich nicht erinnert zu haben. Auf der anderen Seite waren es die starken Gruppen der Schmelzindustrie, die mit unsichtbarer Hand geschoben haben. Wenn das selbständige Regierungspolitik sein soll, dann verjagen unsere Begriffe.

Wissen, Beruf, Technik.

Von Galvani bis Klingenberg.

Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Starkstrom-Elektrotechnik. Von Oberingenieur Foerster (Berlin).

Was uns heute an wohlverordneten Kulturgütern gewohnheitsmäßig als selbstverständlicher Lebensfaktor erscheint, ist zum Beispiel die Erzeugungsmittel der Starkstrom-Elektrotechnik wie die elektrische Beleuchtung unserer Wohnräume, unserer Gesellschafts- und Arbeitsstätten, die elektrische Straßenbeleuchtung, die Fernübertragung durch elektrische Straßenbahnen und Rollbahnen, die elektrischen Aufzüge, die automatische Nachtbeleuchtung unserer Treppengänge, elektrische Heiz- und Kochapparate und andere Einrichtungen, die wir heute nicht mehr missen möchten, von elektrischen Industriebetrieben ganz zu schweigen: alle diese Erzeugnisse sind — wie jedes andere — nur langsam, in entscheidend fortgeschrittener Entwicklung herangereift, obwohl gerade die Starkstrom-Elektrotechnik mit großer und berechtigter Genugtuung auf einen fast ununterbrochenen Steigebahn voll herrlicher Erfolge zurückblicken kann. Aber es beharrte bisweilen bei einer gewaltigen Unwissenheit, von der sich nicht nur die nicht ganz verstandenen, sondern auch die intelligenten Köpfe und Wesen vieler unerschlagter, mit Fleiß und Ausdauer durchgeführter wissenschaftlicher Versuche und Experimente, die man in den verschiedensten Entwicklungsstadien der Starkstrom-Elektrotechnik zu den erzielten Zielen gelangte.

Die Namen der Entdecker, Erfinder, Forscher, Gelehrten und hervorragenden Praktiker bilden weithin sichtbare Meilensteine auf dem Wege zum Aufstieg bis zur heutigen erreichten Höhe. Es ist wenig außer Zweifel, daß wir uns heute in der Starkstrom-Elektrotechnik bereits auf einem Höhepunkt befinden.

Es gilt jetzt, das Erreichte kritisch zu überprüfen, hier und da nachzugeben und anzupassen, was sich nicht bewährt haben sollte, und das, was sich wissenschaftlich und praktisch als wertvoll, selbständig und dauernd erwiesen hat, auszubauen, so immer eine Umgestaltung und ein weiterer Ausbau als notwendig und zweckmäßig erscheint.

In den nachfolgenden Zeilen sollen ohne Anspruch auf erschöpfende Gründlichkeit und Vollständigkeit in einer knappen, aber doch möglichst umfassenden Darstellung der wichtigsten Klagen und Daten aufgeführt werden, die wir auf dem Entwicklungsweg der Starkstrom-Elektrotechnik als wertvolle Beiträge haben.

Die eigentliche Werta der Starkstrom-Elektrotechnik liegt nach den wissenschaftlichen Begründungen ihrer Ursprung in den ersten Experimenten mit dem galvanischen Strom. Denn erst durch diese hatte man die Möglichkeit, in einfacher Weise die Zusammenhänge von Stromerzeugung in einem Strom zu erzeugen, um die Stromerzeugung zu untersuchen zu können.

Dies ist als erster der italienische Arzt Galvani (1790) mit seinen Trochidentel-Experimenten zu nennen, aus denen sich weitere Folgerungen ergaben. Ein anderer Italiener, Graf Alessandro Volta (1745-1827), setzte Galvanis Experimente fort. Ihm verdanken wir das Kupfer-Zink-Element in seiner ursprünglichen Form und die Voltaische Säule. Seine Versuche führten ihn zu der Erkenntnis, daß es außer dem elektrischen Strom bei der Anschließung der Kupfer-Zink-Elemente zu einer Säule noch etwas anderes gab, was die Wirkung der elektrischen Erscheinungen wesentlich erhöhte, ohne dabei die Stromstärke zu verändern: die Spannung. Bald nach ihm ist das anfanglich primitive, aus Kupfer und Zink mit einer leitenden, feuchten Zwischenschicht bestehende Element dann in Gefäßform enthalten, bei welchem die beiden Metalle Kupfer und Zink in angesäuertes Wasser als Elektrolyt eingesetzt wurden, daß sie sich nicht berührten, was die Wirkung des Elements herabsetzte oder ganz aufhören würde. Durch zweifache Anordnung einer entsprechenden Anzahl solcher Elemente hatte man damals bereits Wärmeerscheinungen im Schließungskreis beobachtet, die bis zum Glühendwerden eines dünnen Drahtes gesteigert werden konnten. In dem englischen Chemiker S. Davy ist es 1810 bereits gelungen, zwischen zwei Kohlestäben mit Hilfe solcher Elemente einen Lichtbogen von ganz intensiver Leuchtkraft zu erzeugen. (Davy'scher Lichtbogen.)

Etwa um das Jahr 1820 entdeckte der Däne Oersted die Ableitung der Magnetnadel unter der Einwirkung eines an dieser vorbeigehenden elektrischen Stromes und damit das Bestehen von Wechselwirkungen zwischen Magnetismus und Elektrizität, über die man bereits vor ihm Vermutungen hegte.

Georg Simon Ohm entdeckte 1826 das berühmte grundlegende und nach ihm benannte Ohm'sche Gesetz, das später (auf dem Pariser Kongress) als Fundamentalsatz der Elektrotechnik anerkannt wurde.

Dieses Gesetz brachte die elektrischen Größen: Spannung, Stromstärke und Widerstand in eine verblüffend einfache, mathematische Beziehung. Es besagte, daß die Stromstärke direkt proportional der Spannung und umgekehrt proportional dem Widerstand in jedem geschlossenen Stromkreis ist. Bald nach dieser so außerordentlich wichtigen Entdeckung Ohm gelang es dem Franzosen Ampere (1775-1836), weitere Folgerungen aus der Entdeckung abzuleiten zu ziehen. Er fand, daß ein zu einer Schließe gehöriger Leiter (Metalldraht), mehr noch einer Bindung eines solchen Leiters in Form einer Spule (Solenoide), beim Stromdurchgang magnetische Kräfte äußerte und sich gegen einen Dauermagneten genau wie ein solcher verhielt, d. h. daß sich ihre gleichnamigen Pole abstoßen und ihre ungleichnamigen anziehen. Er fand weiter, daß sich die magnetischen Kraftauswirkungen der Schließe oder Spule ganz wesentlich verstärkten, wenn man Eisen als Kern in diese hineinbrachte. Damit war Ampere der Erfinder des Elektromagneten. Schon glaubte man damals, mit diesem den Elektromotor in der Hand zu haben, denn

man durch abwechselndes Schließen und Öffnen des Magnetisierungsstromkreises zu betreiben gedachte.

Einiges Bestreben erregte dabei aber die Wahrnehmung, daß zwar ein Eisen in einer vom Strom durchflossenen Spule mit einigen Bindungen eines Leitungsleiters zu einem Magneten wurde, daß aber die Umkehrung des Experiments, was damals bereits als physikalisches Grundgesetz galt, keinen Strom in den Bindungen der Spule ergab, wenn man an Stelle des weichen Eisens einen permanenten Stabmagneten in die Spule hineinbrachte und den Stromkreis schloß.

Erst Michael Faraday (1791-1867), einer der bedeutendsten Naturforscher aller Zeiten, brachte die Lösung durch die Entdeckung der elektromagnetischen Induktion. Er wies nach, daß man im gleichen Sinne wie im ersten Falle, wo man, um einen Elektromagneten zu erzeugen, Strom in die Bindungen schickte, so auch bei der Umkehrung des Experiments Arbeit in anderer Form, und zwar diesmal mechanische, aufwenden müsse, um durch einen Dauermagneten Strom in den Bindungen der Spule zu erzeugen, z. B. indem man den Magneten in axialer Richtung in der Spule hin- und herbewegte. Er wies ferner nach, daß jede Aenderung des Magnetfeldes durch Induktion in den Bindungen der Spule Strom erzeugen müsse.

Nach diesen wichtigen Entdeckungen ging man in der elektrotechnischen Industrie, die damals nur erst aus wenigen deutschen und ausländischen Firmen bestand, unter Verwertung der bis dahin gewonnenen neuen Erkenntnisse daran, magnetoelektrische Maschinen zu bauen, um elektrischen Strom in größerem Maßstab zu erzeugen, was auch gelang. Die ersten Konstruktionen werden um 1832-33 Bixi in Paris und Clarke in London angefertigt. Der erzeugte Strom war zwar ursprünglich Wechselstrom, aber man war bald in der Lage, diesen durch die Einrichtung des mit dem Anker der Maschine umlaufenden Stromwenders oder Kommutators in einer für die Praxis ausreichenden Weise gleichzurichten. Der Italiener Pacinotti erfindet 1839 den Ringanker, der zwar für die magnetoelektrischen Maschinen, die doch durch die Dauermagnete nur ein mäßig starkes Magnetfeld hatten, keine Leistungssteigerung oder sonstige Vorteile brachte, aber später nach der Erfindung der sich selbst erregenden Maschine, der Dynamomachine, an Bedeutung gewann und dann zunächst allgemeine Verwendung fand.

In dieser durch die magnetoelektrische Maschine gefestigten Epoche vertiefte Lenz (1804) durch seine Arbeiten die Erkenntnisse über die Induktionsvorgänge sowie über die Beziehungen zwischen der Umlaufsrichtung der Armatur, der Stromrichtung in den Leiterleitern und über die Veränderungen der Magnetisierungsstärke durch Belastungsvorgänge usw.

Etwa zehn Jahre später führten die Untersuchungen von Joule zur Klärung der Größe über die Wärmeentwicklung durch den elektrischen Strom. Er erbrachte den Nachweis, daß in der Zeit einheit (der Sekunde) erzeugte Wärmemenge (Arbeit) gleich dem Produkt aus dem Quadrate der Stromstärke und dem Widerstande.

Bereidung der Braunkohle.

Dadurch, daß, wie verlautet, die Absichten der V.G.-Farbenindustrie A.G. darauf hinausgehen, ihr Kohlenverflüchtungsverfahren auf der Braunkohle aufzubauen, wird erneut das Interesse auf diesen Brennstoff gelenkt. Scheint es doch, als ob in unserer Volkswirtschaft dadurch neue Gebiete wirtschaftlicher Tätigkeit und damit neue Wohlstandsquellen erschlossen würden. Bis jetzt fand die Braunkohle in erster Linie Verwendung als Energieerzeuger großer Elektrizitätswerke und, in Mitteldeutschland, bei der chemischen, der Kali- und der Zuckerindustrie. Der Verbrauch blieb in der Hauptsache auf das Erzeugungsgebiet beschränkt. Ein Absatz in weiter abgelegene Gebiete kam infolge der Staubförmigkeit und des geringen Heizwertes durch die Verkehrsprobleme der Reichsbahn, alle Brennstoffe ohne Rücksicht auf ihren Heizwert gleich zu behandeln, nicht in Frage. Um diese Nachteile der Braunkohle gegenüber der Steinkohle zu beseitigen, ist man schon früh dazu übergegangen, die Kohlbraunkohle zu bereiden. Diese Bereidung besteht darin, daß die Kohlbraunkohle zuerst getrocknet wird, um dann in besonders dazu konstruierten Pressen unter hohem Druck zu Bricketts gepreßt zu werden.

Die Kohlenknappheit der Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre hat wesentlich zur Verbreitung der Bricketts, die ihrer handlichen Form und ihrer Sauberkeit wegen als Hausbrand außerordentlich geschätzt werden, beigetragen.

Jahr	Förderung der drei Syndikate	Brickett-herstellung
1913-14	79 542	20 404
1920-21	111 654	24 607
1921-22	122 051	27 963
1922-23	134 406	29 611
1923-24	106 559	24 700
1924-25	128 103	31 103
1925-26	196 155	33 411

Diese Tabelle zeigt, daß trotz des starken, nach Beendigung des passiven Überhandes an der Ruhr wieder in Erscheinung tretenden Wettbewerbs der Steinkohle die Bricketts ihre Stellung in der deutschen Wirtschaft behauptet haben. Hinsichtlich der Absatzverhältnisse ist jedoch zu bemerken, daß — nachdem viele Industriebetriebe wieder zur Steinkohlenfeuerung zurückgekehrt sind — sich das Schwergewicht mehr und mehr auf das Hausbrandgeschäft legt.

In diesem Zusammenhang sei auch noch die Kohlenstaubfeuerung erwähnt, die in Deutschland schon über ihr Anfangsstadium hinaus ist. Der Heizwert dieses Kohlenstaubes entspricht etwa dem der Bricketts. Der Wirkungsgrad bei der Verbrennung ist jedoch ungleich größer, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß in absehbarer Zeit der Verbrauch anderer Brennstoffe zugunsten der Staubfeuerung zurückgehen wird.

Eine viel weitergehende Bereidung der Braunkohle läßt sich durch die Verflüchtung erreichen. Unter Verflüchtung versteht man ein Destillationsverfahren, bei dem die Kohle in Öfen von besonderer Bauart unter Luftabschluß auf Temperaturen von 500 bis 550 Grad erhitzt wird. Hierbei findet eine tiefgehende Zerlegung der Kohlensubstanz statt, die durch das Entweichen von gasförmigen Dämpfen gekennzeichnet ist. Als Rest bleibt der Braunkohlenteer und ein schwarzer, meist körniger Brennstoff, der Schwelkoks (Grudetoks), übrig. Je nach der chemischen Zusammenlegung der Braunkohle gewinnt man aus 100 Kg. Kohlbraunkohle mit einem Wassergehalt von 50 bis 60 Prozent: 2 bis 28 Kg. Schwelkoks, 5 bis 12 Kg. Schmelteer, 58 bis 65 Kg. Schmelzwasser und 7 bis 10 m³ Schmelzgas.

Der Schwelkoks, der wegen seines hohen Gehaltes an flüchtigen Bestandteilen leicht anbrennt, hat einen Heizwert von 8000 W.Ekg, der bei armen Braunkohlen sogar auf 6700 steigt. Er er sich außerdem leicht vermahlen läßt, findet er als Staubfeuerung weitgehende Verwendung.

Der Schmelteer ist eine tiefbraune, salbenförmige Masse. Er liefert bei der Destillation Leuchtöl (Benzin), Heizöl, Treiböl und fettes Paraffin, ist also auch ein hochwertiges Nebenprodukt. Durch den Uebergang vom festen zum flüssigen Brennstoff gewinnt gerade diese Seite der Kohlenverflüchtung erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung. Deutschland, dessen hauptsächlichster Mineralreichtum in seinen Kohlenvorräten besteht, muß den größten Teil der Treibstoffe für Automobile und Flugzeuge, das flüssige Heizmaterial für seine auf Dampferzeugung umgestellten Schiffe aus dem Ausland beziehen. Dadurch erfährt die Entwicklung und Ausdehnung dieser Industriezweige eine nicht unbedeutende Hemmung. Um sich nun von der Einfuhr fremden Oeles unabhängig zu machen, jekten, besonders in den letzten Jahren, Bestrebungen zur Verflüchtung der Kohle ein. Zu dem Verfahren des Prof. Dr. Bergius hofft man das Mittel gefunden zu haben, das die Rentabilität der Kohlenumwandlung gewährleistet. Die Ver-

suche gehen weiter. Neben diesen Neuerungen laufen noch Bestrebungen, das längst bekannte (oben kurz beschriebene) Schmelverfahren durch Anwendung geeigneterer Öfen rentabel zu gestalten.

Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier wird das Schmelverfahren schon seit etwa 60 Jahren angewandt. Doch müssen die dort fast ausschließlich benutzten Kessel-Öfen als veraltet, als nicht mehr wirtschaftlich angesehen werden. Im Kriege hat man, um die Vorkriegsleistung zu sichern, Versuche mit neuartigen Schmelöfen unternommen, und so ist denn heute eine ganze Anzahl derartiger Ofenkonstruktionen bekannt. Leider sind diese Versuche über das Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Die erste Grube nun, die eine Groß-Schmelanlage errichtet hat, ist die Grube Leopold in Edderitz bei Göthen. Diese Grube arbeitet nach dem Verfahren der Kohlenveredelung G. m. b. H. (Berlin) mit einem von Dipl.-Ing. Geißler erfundenen Retortenofen. In einer Versuchsanlage hat sich das neue Verfahren bei einem Tagesdurchschnittsleistung von 25 T. sowohl für Braunkohle jeder Beschaffenheit, als auch für staubförmige Steinkohle und Kalkstein bestens bewährt. Der neue Ofen liefert einen völlig ausgaselten, wasserfreien Schwelkoks sowie einen wasserfreien Schmelteer. Es würde zu weit führen, wollte man im Rahmen dieses Aufsatzes, der nur die wirtschaftliche Seite dieser Versuche behandeln will, die technischen Einzelheiten des Ofens schildern.

Von besonderer Bedeutung ist die Errichtung einer Schmelanlage zweifellos für Elektrowerke. Heute noch wird die Kohlbraunkohle direkt unter den Kesseln verfeuert, wodurch wichtige Nebenprodukte verloren gehen. Nach Eingliederung einer Schmelanlage und Umstellung des Dampfesselbetriebes auf Staubfeuerung mit Schwelkoks würden sich nicht nur betriebliche Vorteile ergeben, sondern auch eine Verbilligung der Erzeugung einer Schmelanlage erreicht werden.

Von Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit eines Verfahrens ist die Rentabilitätsfrage. Alle Laboratoriumsversuche, mögen sie (für den Chemiker) gute Ergebnisse zeitigen, werden für das Wirtschaftsleben keine große Bedeutung erlangen, wenn sie nicht in der Praxis durchgeführt, d. h. ihre Herstellung rentabel gestaltet werden kann. Durch die nachfolgende Tabelle hoffen wir den Beweis erbracht zu haben, daß sich die Schmelung in einem Großbetriebe rentiert, so daß — unter Berücksichtigung sämtlicher Ausgaben für Kohle, Dampf, Strom und Löhne sowie für den Kapitaldienst — ein genügend hoher Gewinn übrig bleibt.

Seht man den Preis für eine Tonne Schwelkoks mit 12 Mt., für eine Tonne Schmelteer mit 60 Mt., für eine Tonne Gasbenzin mit 200 Mt. und für ein m³ Schmelzgas 0,05 Mt. ein, so ergibt sich aus dem Erlös für Schwelkerzeugnisse aus einer Tonne Kohle, die selbst etwa 3 Mt. kostet:

250 kg Schwelkoks	3,00 Mt.
100 kg Schmelteer	6,00 "
60 cbm Schmelzgas	3,00 "
2,8 kg Gasbenzin	0,78 "
Zusammen 12,78 Mt.	

Die Rentabilität — und darauf kommt es in einem privaten Betrieb in erster Linie an — ist also wohl gesichert.

Zutlachen aus der Sowjetrepublik.

Rußland: der Himmel — Rußland: die Hölle! So erzählt man uns in den kommunistischen und in manchen bürgerlichen Zeitungen. Beides ist natürlich falsch. Zweifellos hat die Sowjetregierung unter schwierigsten Verhältnissen viel praktische Arbeit geleistet und wenn wir uns frei und unbeflügelt ein augenscheinliches Bild davon machen könnten, würden wir es gern tun. Aber da man dem Bergarbeiterverband die Auswahl seiner Dolmetscher nicht freigestellt, unterblieb bisher die Reise nach Rußland.

Wir haben in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nie Schauerreden aus Rußland abgedruckt, da wir unsere Aufgabe nicht in der Entfremdung russischer und deutscher Arbeiter sehen. Wir haben uns lange bemüht, die Publikationen des russischen Bergarbeiterverbandes zu bekommen. Nachdem das ermöglicht war, haben wir aus ihnen objektive Berichte gegeben. Gegen die von den Kommunisten inszenierten Arbeiterdelegationen nach Rußland wenden wir uns, wenigstens soweit man sich davon unbeflügelte Berichte über die Produktions- und Arbeiterlage in Rußland verspricht.

Von den Schwierigkeiten, dem guten Willen und den teilweisen Erfolgen der Sowjeteinrichtungen geben die nachfolgenden Zitate aus amtlichen russischen Zeitungen ein Bild, das geeignet sein dürfte, die vorgelegten Meinungen auf beiden oben erwähnten Seiten etwas zu dämpfen.

Die Lage der eingewanderten ausländischen Arbeiter.

(„Trub“ vom 28. Juli, Nr. 171.)
Bei dem Zentralkomitee der Metallarbeiter liegen Nachrichten vor, daß in einer Reihe von Werken die eingewanderten ausländischen Arbeiter nicht nur von seiten der Werkleitung, sondern sogar von seiten des Betriebsrats auf Unfreundlichkeiten stoßen. Meistens sind die Eingewanderten vorwiegend gelernte Arbeiter, die auf der Grundlage hochstehender Technik erzogen worden sind und sich nur schwer unseren rückständigen Produktionsverhältnissen anpassen können. Sie kommen daher häufig mit Vorschlägen, die der Besserung der Arbeitsmethoden dienen sollen. Statt aber diese Vorschläge zu untersuchen, macht ihnen die Werkleitung allerhand Schwierigkeiten und der Verband schenkt ihnen keine Aufmerksamkeit. Das Zentralkomitee der Metallarbeiter ist darüber unterrichtet worden, daß infolge dieses Verhaltens die Einwanderer in einigen Fällen die Werke verlassen haben.

In Anbetracht dessen, daß solche Vorkommnisse nicht nur der Produktion, sondern auch dem Ansehen des Verbandes schaden, hat das Zentralkomitee den örtlichen Organisationen vorgeschrieben, die unfreundliche Einstellung den Einwanderern gegenüber zu beseitigen. Zudem sind die Emigranten in den meisten Fällen aktive Teilnehmer an revolutionären Erhebungen, die meist viele Jahre als Gewerkschafter tätig gewesen sind und sich gegenwärtig in Sowjetrußland vor den Verfolgungen bürgerlicher Regierungen verborgen halten. Die Schwierigkeiten für sie werden noch durch die Unkenntnis der russischen Sprache gesteigert. Um so mehr müssen die russischen Arbeiter ihnen jegliche kameradschaftliche Hilfe erweisen. Das Zentralkomitee hat in Vorschlag gebracht, daß bei Eintritt ausländischer Genossen in ein Werk das Mitgliedsbuch sofort umgetauscht wird gegen die Mitgliedskarte des Metallarbeiterverbandes, ihre Mitgliedschaft bei ausländischen Gewerkschaften angerechnet wird und ihnen alle Rechte von Gewerkschaftsmitgliedern gewährt werden.

Danach scheint es zwischen den eingewanderten ausländischen Arbeitern und den Russen häufig zu Reibereien zu kommen, die offenbar ein recht beträchtliches Ausmaß angenommen haben müssen, wenn sich der „Trub“, das Zentralorgan der russischen Gewerkschaften, veranlaßt sieht, eine solche beschwichtigende und rügende Notiz zu bringen.

Naturalienlohnung.

Unter den Briefen der Arbeiter im „Trub“ vom 31. Juli, Nr. 174, findet sich eine Zuschrift eines Arbeiters aus dem Ural, in der es wörtlich heißt:

„Die Arbeiter des Werkes Majorst erhalten den Lohn mit einer zweiwöchigen und noch längeren P e r i o d e ausgezahlt. Am 15. Juli haben die Arbeiter erst für den Juni 25 Prozent ihres Verdienstes ausgezahlt bekommen. Über die Lohnauszahlungen erfolgen nicht nur mit Verpätung, sie werden auch in natura verabfolgt: in Form von Mehl, Industrieerzeugnissen, Safer usw., ungeachtet dessen, daß das Bezirkskomitee der Gewerkschaft kategorisch jede Entlohnung in Naturalien verboten hat. Die Arbeiter sind unzufrieden. Da sie aber wochenlang keinen Lohn erhalten und ohne Geld sind, sehen sie sich gezwungen, die Naturalien anzunehmen. Das ist kein Zustand!“

Minimallohne für intellektuelle Arbeiter.

(„Trub“ vom 28. Juli, Nr. 171.)

Der Rat der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik hat für das Haushaltsjahr 1926-27 für eine Reihe von Angestelltengruppen in den Behörden Minimallohne festgesetzt. Für die Lehrer in den Schulen der ersten Stufe in der ersten Gehaltsklasse 44 Rbl., in der fünften Gehaltsklasse 32 Rbl., für die Lehrer in den Schulen der zweiten Stufe, in den Schulen für die häusliche Jugend und in den Berufsschulen auf dem Lande in der ersten Gehaltsklasse 65 Rbl., in der fünften 45 Rbl. Für Ärzte, Agronomen und Tierärzte in ländlichen Bezirken in der ersten Gehaltsklasse 85 Rbl., in der fünften 65 Rbl. Für Volksrichter und Untersuchungsrichter in der ersten Gehaltsklasse 70 Rbl., in der fünften 50 Rbl. Für die Angestellten der unteren Verwaltungsinstanzen, wie Vorstände der Kreiserektorkomitees, sind Sätze festgesetzt von 60 Rbl. in der ersten Gehaltsklasse und von 42 Rbl. in der vierten. Für Leiter der Firma (Polizei) in der ersten Gehaltsklasse in ländlichen Bezirken 48 Rbl., in der fünften 33 Rbl. In denjenigen Ortschaften, in denen die gegenwärtig geltenden Gehaltsätze die neu einzuführenden übersteigen, soll eine Herabsetzung nicht erfolgen.

Man darf dabei nicht vergessen, daß der Rubel ungefähr die Kaufkraft einer deutschen Mark hat.

Wohnungseld in Sowjetrußland.

Das Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkommission der Kommunistischen Partei haben nach einem Bericht des Kommissars für Arbeit, Sch m i d t, folgende Entscheidung angenommen („Trub“ vom 27. Juli, Nr. 170):

Fast zur gleichen Zeit verkündete der Heilbronner Arzt Robert Mayer der Welt sein Gesetz von der Erhaltung der Energie und der Gleichwertigkeit von Wärme und Arbeit. Hiernach kann jede Arbeitsform entweder in Wärme oder in eine andere Arbeitsform, wenn auch nicht immer verlustlos, umgewandelt werden. Die in der Starkstromtechnik hauptsächlich in Betracht kommenden Arbeitsformen sind: mechanische Arbeit, elektrische Arbeit, chemische Arbeit, Licht und Wärme.

Allmählich ist man von den magnetoelektrischen Maschinen zu solchen Maschinen übergegangen, die an Stelle der Dauermagnete durch Elektromagnete, von einer fremden Gleichstromquelle erzeugt, betrieben wurden. Die ersten Konstruktionen dieser Art wurden Wheatstone und Cooke (1845) zugeschrieben.

Der Däne Hjorth erhielt 1851 ein englisches Patent auf die gleichzeitige Verwendung von Elektromagneten und Dauermagneten nebeneinander für elektrische Stromerzeugungsmaschinen. Diese Lösung bot den Vorteil, daß das Magnetfeld zum überwindenden Teil durch Elektromagnete erzeugt werden konnte, ohne der Fremderregung zu bedürfen, denn die Erregung der anliegenden Maschine ging von den Dauermagneten aus. Hjorth soll auch bereits Maschinenausführungen mit reiner Selbstregung geplant haben. Sein vorzeitiger Tod vereitelte die Ausführung. Auffällig ist, daß Näheres über seine Pläne bezüglich der Maschine mit Selbstregung aus seinen Hinterlassenschaften nicht hervorgeht und daß auch sonst von seiner Seite irgendwelche Folgerungen nach dieser Richtung aus seinen Arbeiten gezogen worden sind.

Es vergingen weitere zwölf Jahre, bis es im Herbst 1866 Werner Siemens gelang, das Problem der selbstregenden Maschine, der eigentlichen Dynamomachine, unter Verwendung der magnetischen Remanenz des Eisens restlos zu lösen. Damit begann die Starkstrom-Elektrotechnik ihren Siegeslauf über den Erdball. Jetzt war der Weg frei zum Bau von Gleichstrommaschinen bis zu den größten Leistungen, für die man allerdings zunächst noch keine Verwendung fand, denn bis dahin konnte man die Verwendung der elektrischen Maschinen nur für Beleuchtungsanlagen sehr bescheidenen Umfanges, wenigstens an unheimen feuchten Maschinen gemessen. Die elektrische Bogenlampe, um deren Entwicklung sich v. Siemens-Altened 1878 bei der Firma Siemens & Halske sehr verdient gemacht hatte, war bis dahin die einzige Lichtquelle, die in ihren verhältnismäßig großen Einheiten für Straßen- und Zehelbeleuchtungen (in Festhalten usw.) sowie für die Signallichter in den Leuchttürmen Verwendung fand. Nach der ersten Laternen-Glühlampe von Thomas Alva Edison (1879), die eine Teilung des elektrischen Lichtes bis zu den kleinsten Einheiten ermöglichte, brachte Edison noch Ende der 70er Jahre die Kohleleuchten-Glühlampe heraus, welcher erst viel später die erste Metalloleuchten-Glühlampe folgte, deren Erfindung 1892 Auer von Weinsbach zugeschrieben wird.

Mit dem Erscheinen der ersten Edisonischen Glühlampe erfährt die Starkstrom-Elektrotechnik den stärksten Anstoß zur Weiterentwicklung, die dann auch in einem Ausmaße vor sich ging, das alle Erwartungen übertraf. Fast zur gleichen Zeit hatte v. Siemens-

Altened den Racinottischen Ringanker, der zuerst seit 1870 von Gramme in Paris und nach ihm von allen anderen Firmen für die Dynamomachine hergestellt wurde, durch den von ihm erfundenen Trommelanker ersetzt, der eine wesentliche Verbesserung darstellte, so daß er heute einzig und allein noch für alle Gleichstrommaschinen zur Verwendung kommt.

Bald entstanden nun auch kleinere und größere elektrische Zentralfaktionen, so im Jahre 1882 die kleine Zentrale in Berlin, Ecke der Wilhelm- und Prinz-Albrechtstraße, in welcher der Strom für die erste Straßenbeleuchtung in der Leipziger Straße mittels Bogenlampen erzeugt wurde. Auch entstanden nach und nach Zentralfaktionen, die die elektrische Energie zu Beleuchtungs- zwecken und zum Betriebe von Elektromotoren an Private abgaben (sogenannte Stadtkationen). Hier war es S. Aron, der es als erster rechtzeitig erkannte, daß zur Verrechnung dieser Stromabgabe an Private nach einem herauszufindenden Tarif ein Messgerät notwendig wurde, das den gelieferten und zu berechnenden Strom an einem Zählwerk registrierte. S. Aron brachte den ersten Elektrizitätszähler heraus. Es war dies ein Pendelzähler mit einem normalen Uhrwerk in einem ungefügen Holzfaß, der sich im Laufe der Zeit aber zu einem sehr eleganten Messgerät von angemessenen Dimensionen entwickelte, und sich heute noch neben den inzwischen auf dem Markt erschienenen verschiedenartigen rotierenden und oszillierenden Zählern wegen gewisser Vorzüge sehr nachdrücklich behauptet. Mitte der 90er Jahre wurden die Gleichstromerzeugungsanlagen durch den Akkumulatort, der sich als wichtiges Glied zur Aufspeicherung des erzeugten Gleichstroms den Anlagen organisch einfügte, in vorteilhafter Weise ergänzt. Nach den grundlegenden Vorarbeiten auf diesem Gebiete, die von dem Münchener Physiker Ritter (1805) neben Gaußherot und Sinzeden (1802-1854) geleistet wurden, hatte der Franzose Gaston Planté (1839) erkannt, daß von allen im Polarisationverfahren bisher verwandten Metallen Blei bzw. Bleisulfat sich am besten ausladen ließen. Faure verbesserte 1858 das Plantesche Verfahren, indem er gitterförmige Bleiplatten verwendete, die er mit aktiver Masse präparierte, wodurch er sie aufnahmefähiger machte und die Kapazität des Akkumulators erhöhte. Als Elektrolyt wurde verdünnte Schwefelsäure verwendet. Unter Verwendung des Planteschen und Faureschen Prinzips brachten die Gebrüder Lador 1883 dann den Großoberflächen-Akkumulatort mit gerippten Bleiplatten heraus, in welche die aktive Masse eingepreßt wurde. Dieser Akkumulatort wurde dann von der Akkumulatorenfabrik Müller & Cie. in Hagen i. W. fabrikmäßig hergestellt. Die Firma ist 1890 in die heutige Akkumulatorenfabrik A.-G., Berlin, umgewandelt worden. Fast alle Gleichstromanlagen wurden in der Folgezeit mit Akkumulatorenbatterien ausgerüstet.

Ebenfalls Mitte der 90er Jahre ist man auch allmählich zum Bau städtischer Elektrizitätswerke, mit denen auch der Bau von elektrischen Straßenbahnen bzw. die Elektrifizierung bestehender Straßenbahnen mit Pferdebetriebe wand in Gang ging, übergegangen. So entstanden die ersten städtischen Gleichstromwerke meist im Edison-Hopkinsonischen Dreileitersystem mit Akkumulatoren. Die Straßenbahnen wurden meist mit einer höheren

Spannung als der Lichtspannung und mit besonderen Ruffertbatterien betrieben.

Erst Anfang der 90er Jahre ist man wieder auf den unruhigen Wechselstrom zurückgekommen, weil bis dahin ein brauchbarer Rotor und der Transformator fehlte. Nach den Versuchen der Engländer Gaulard und Gibbs gelang es ausgangs der 90er Jahre den Ungarn Zipernowsky, Dery und Blathy bei der Firma Ganz & Co. in Budapest, einen praktisch brauchbaren Wechselstrom-Transformator auszubilden — ein Ereignis, das den Wechselstrom aufleben ließ. Als kurz darauf Doherty in Offenburg den Drehstrom entdeckte, wurde dieser zuerst von Ch. Brown in Berlin und fast gleichzeitig von Michael v. Dolivo-Dobrowolski, dem damaligen Chefingenieur der AEG, aufgegriffen, um einen praktisch brauchbaren Drehstrommotor herzustellen, der dann auch nicht lange auf sich warten ließ.

Bereits das Jahr 1891 brachte uns auf der elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt-M., aus der Initiative Oscar v. Millers, des Schöpfers des Deutschen Museums in München, hervor, das erste Drehstrom-Dochspannungs-Kraftübertragungsanlage über eine Strecke von 175 Kilometer von Laufen am Neckar nach Frankfurt am Main.

Deute bauen die Elektrizitäts-Großfirmen Drehstromgeneratoren für Leistungen von mehr als 100 000 KVA und Drehstromtransformatoren für die gleiche Leistung und für mehr als 100 000 Volt Spannung. Für Prüfzwecke in den Laboratorien und Prüfständen werden sogar Spezialtransformatoren für mehrere 100 000 Volt Spannung gebaut.

Der Weg zur heutigen Höhe der Starkstrom-Elektrotechnik war nicht immer ganz geradlinig, aber er war beispiellos in seinen Erfolgen, die auf andere Industriezweige, wie namentlich auf den Maschinenbau, speziell Dampfmotorenbau, ihre anspornende und mitreizende Wirkung nicht verhielten. Denn wir heute von unserem Höhepunkt aus umschauen halten und angesichts der Großkraftwerke Solva-Schornstein, Maschinenwerk, Kummelsburg und angesichts der das deutsche Vaterland von den Alpen bis zum Meere durchziehenden Hoch- und Hochspannungsleitungen auf die Entwicklung der Starkstrom-Elektrotechnik zurückblicken, an welcher deutsche Geistesarbeit ihren reichlichen Anteil beigetragen hat, was die Namen Ritter, Simon, Ohm, Lenz, Robert Mayer, Werner Siemens u. a. erweisen, so muß uns zum Bewußtsein kommen, was wir diesen Männern zu danken haben.

Die Namen Werner Siemens, Emil Rathenau und Sigmund Schudert, deren Träger als die Hauptrepräsentanten der deutschen elektrotechnischen Industrie durch ihr vorbildliches Wirken wie durch ihre Erfolge die Wege zum Ziele gewiesen haben, sie werden stets mit goldenen Lettern in den Annalen der deutschen Starkstrom-Elektrotechnik verzeichnet sein.

Und wo die besten Namen genannt werden, die zur Erreichung des heutigen Höhepunktes in der Starkstrom-Elektrotechnik ihren Kaufmann beigetragen haben, da sei auch der Name Klingenberg genannt als der eines Grobmeisters der Elektrotechnik, des genialen Schöpfers der modernen Großkraftwerke, der leider zu früh von uns geschieden ist.

Die Wohnungsfrage wird im Leben der Arbeiter zu einer der allerschwersten. Ohne ihre Lösung ist eine irgend ins Gewicht fallende Besserung der Lage der Arbeiter nicht möglich. Außerdem hemmt die zunehmende Wohnungsnot die weitere Entwicklung der Industrie, weil die Hinzuziehung neuer Arbeitskräfte dadurch behindert wird. Die Maßnahmen, die von der Sowjetmacht hinsichtlich des Wohnungsbaues bereits ergriffen worden sind — wie Vergewaltigung der Baugrundstücke, Uebergabe an die Arbeiter eines je erheblichen Teiles der Wohnungen von höheren Angestellten und der bürgerlichen Wohnungen in den Städten, Bewilligung von 350 Mill. Rubel für den Bau von Arbeiterwohnungen usw. — sind sicherlich bedeutend, vermochten aber nicht die Wohnungsnot zu mildern. Der Hauptgrund der gegenwärtigen katastrophalen Lage des Arbeiterwohnungsbaues ist die Gleichgültigkeit, mit der die Fabrikanten und Unternehmer in der Vergangenheit diese Frage behandelt haben, und ferner die Unterbindung jeglichen Wohnungsbaues mit Beginn des imperialistischen Krieges, die zudem begleitet wurde von einem Wachsen der Arbeiterzahl auf den Werken. Des Weiteren kam hinzu der zunehmende Verfall der Häuser infolge der niedrigen Wohngebühren und die Mißwirtschaft im gesamten Wohnungsbau. Außerdem spielten noch eine Reihe weiterer Umstände mit, wie: die Ungerechtheit in der Verteilung von Baumaterialien, der Mangel an einem billigeren, rationellen Typ von Arbeiterwohnungen, die Planlosigkeit in der Gewährung von Baugeldern usw.

In Anbetracht dieser Lage des Wohnungsbaues beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine Reihe von Maßnahmen, die geeignet sein sollen, den Wohnungsbau zu fördern und dem Wohnungselend abzuhelfen, darunter: Bildung eines Spezialfonds für den Bau von Arbeiterwohnungen, Veranlassung der Gewerkschaften als Aufsichtsorgan für den Wohnungsbau, Stärkung des genossenschaftlichen Wohnungsbaues, Förderung des privaten Wohnungsbaues, eine Fixierung der Wohngebühren, die sowohl die Instandhaltung wie den Wiederaufbau von Häusern gewährleistet.

Kritische Lage der Versicherungsstellen.

Hierüber schreibt aus Wladimir ein Korrespondent des „Trud“ in Nr. 172 vom 29. Juli:

„Die Lage der Versicherungsstellen in unserem Gouvernement ist eine sehr wenig beneidenswerte. Eine ganze Reihe von Bezirksstellen, wie die von Sudogod, Perejaslaw, Koltidschin u. a., zögern mit der Auszahlung von Unterstützungen und Renten. Die unlangst geschlossene Renarierung der Gouvernementsversicherungsstellen hat darauf hingewiesen, daß die Kassenmittel nur noch für 3 1/2 Tage ausreichen. Dabei wächst die Verschuldung der Betriebe an die Kassen fortgesetzt. Am 1. Juli war sie im Vergleich zum 1. Januar fast um das Doppelte gewachsen, von 393 000 auf 641 000 Rubel. Außerdem ist die finanzielle Lage der Kasse noch dadurch so kritisch geworden, daß die Hauptverwaltung der Versicherungsstellen ihr 350 000 Rubel für den Wohnungsbau entnommen hat. Man beschließt, die Verschuldung im August vollständig zu liquidieren, und wird zu diesem Zweck nötigenfalls mit Zwangsmaßnahmen vorgehen. Außerdem soll eine Ueberprüfung des Gesundheitszustandes einiger Gruppen von Invaliden durchgeführt werden.“

Notlage der Sozialversicherung.

(„Trud“ vom 27. Juli, Nr. 170.)

In letzter Zeit werden die Fälle immer häufiger, daß die Auszahlungen von Renten und Unterstützungen bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit, bei Arbeitslosigkeit und bei Erholungsurlaub auf denjenigen Werken eingestellt werden, die hinsichtlich der Beitragszahlungen rückständig sind. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hält das für unzulässig. Die unbedingte Zahlung von Versicherungsbeiträgen seitens derjenigen Unternehmungen, die finanzielle Schwierigkeiten durchmachen, darf bei unserem System der Sozialversicherung nicht zur Schließung der Versicherungsstellen führen. In solchen Fällen muß den örtlichen Versicherungsstellen nach Meinung des Obersten Volkswirtschaftsrats aus dem Fonds der Sozialversicherung Unterstützung gewährt werden. Für die ganze Union sind die Versicherungsbeiträge für die erste Hälfte 1925-26 fast vollständig und in Uebereinstimmung mit den Voranschlägen (96 Prozent) eingegangen.“

Erste Hilfe bei Unfällen.

Der „Trud“ vom 29. Juli, Nr. 172, bringt einen längeren Aufsatz von einem Dr. Brad über die erste Hilfe bei Unglücksfällen in den Betrieben, in dem er den bestehenden Zustand als gänzlich unzureichend schildert. Es heißt in dem Aufsatz unter anderem wörtlich:

„Eine ganze Reihe von Ursachen hat die Zahl der Unfälle in den Betrieben gesteigert. Die Ausdehnung der Industrie, die Einstellung einer großen Anzahl ungelernter Arbeiter, die Abminderung der Werkseinrichtungen, die Einführung neuerer Maschinen und schließlich der freie Verkauf von 40gradigem Branntwein — das alles zusammen genommen führt zu einem fortgesetzten Anwachsen der Unfälle. Im Jahre 1922 kamen auf einen Arbeiterinspektor 32 Unglücksfälle, im Jahre 1923 bereits 301, was eine Verdoppelung bedeutet, wobei die Zahl der Inspektoren mit dem Wachsen der Arbeiterzahl entsprechend zugenommen hat. Nach den Angaben der Versicherungsstellen der Sowjetrepublik wurde die Zahl der Unfälle, für die eine Rente oder Entschädigung gezahlt worden ist, im Laufe des Jahres 1924 von 26 auf 55 auf 1000 Beschäftigte. In der Zeit vom Januar bis September 1925 wurde diese Zahl weiter auf 70. Auf 100 000 Arbeitstage kommen gegenwärtig im Durchschnitt aller Industriezweige 27 Unfälle. In den einzelnen Industriezweigen sind folgende bemerkenswerte Zahlen festgestellt (pro 100 000 Arbeitstage): Industrie der Baumwolle 41,2, Kohlenbergbau 4,7, Maschinenbau 4,1, Holzbearbeitung 3,3, Zergereien 3,7, chemische Industrie 4,9. Das Gesundheitskommissariat hat über den Zustand der ersten Hilfe Angaben gemacht, aus denen sich ergibt, daß in fünfzehn Gouvernements, darunter Moskau, Leningrad, Pensa, Samara, Tula u. a., 27 Stellen für erste Hilfe gezahlt wurden, die für eine Zahl von 60 000 Arbeitern ausreichen sollen. Die Anstaltung dieser Stellen weist die größte Verschiedenheit auf. Man findet Ueberflüssiges von einer ausgezeichneten Ausstattung bis zu einer vollständig barbarischen Handhabung der ersten Hilfe.“

Kampfer Arbeiterkampf im Bergbau.

Die Zunahme der Unfälle und der Erkrankungen im Bergbau bildet schon seit längerer Zeit in der Sowjetunion ein viel erörtertes Thema. Besonders ungunstig liegen in dieser Beziehung die Verhältnisse im Donezkohlenrevier. In neuester Zeit kommt die „Pravda“ (Nr. 158 vom 12. Juli) erneut auf diese Angelegenheit zu sprechen und widmet ihr einen längeren, zum Teil recht alarmierenden Leitartikel, in dem es u. a. heißt:

„Der Zustand der Ventilations- und Aufzughilfsvorrichtungen ist ungenügend. Die Zahl der ungezügelt angestellten Schächter wird nicht geringer, sondern immer größer. Der Zustand der Grubenlampen hat sich in letzter Zeit etwas gebessert, verlangt aber immerhin eine weitere Verbesserung. Die Rettungssituationen, deren Bedeutung besonders bei großen Katastrophen enorm ist, befinden sich in einem völlig unzulänglichen Zustand. Die Ausstattung der Stationen ist abgenutzt und eine Erneuerung hat in erheblichem Maße nicht stattgefunden. Das Personal der Rettungssituationen ist erheblich geringer als in der Vorkriegszeit. Große Bedeutung kommt auch der Rettung von beruhtenden Unglücksfällen der verschiedenen Erörterung der Ursachen solcher Katastrophen zu. So kann der Kampf gegen den Kohlenstaub, bei dem sich unzählige Erkrankungen vollziehen, nur auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Erörterung dieser Erscheinungen

mit Erfolg geführt werden. In dieser Beziehung ist bei uns fast alles nachzuholen.“

Der „Trud“ (Nr. 161) widmet dieser Frage desgleichen einen Leitartikel, in dem u. a. mitgeteilt wird, daß „im Wirtschaftsjahr 1924-25 die Zahl der Unfälle im Donezkohlenbergbau die eindrucksvolle Höhe von 1685 auf je 10 000 Arbeiter erreicht hat“.

In Moskau tagte Mitte Juli eine Konferenz der Bergarbeiter des Bezirks Zentralrußland. Auf dieser Konferenz ist vom Arbeitskommissar Bachutow über den Zustand des Arbeiterschutzes in den Bergwerken des Zentralraons ein Bericht erstattet worden, in dem es u. a. wörtlich heißt („Trud“, Nr. 164):

„Wir stehen vor der Aufgabe einer starken Zunahme der Unfälle. Die unmittelbare Ursache ist einerseits die Unzulänglichkeit der Ausrüstung der Werke, andererseits die geringe fachmännische Ausbildung der neu eingestellten Arbeiter, die die einfachsten Sicherheitsregeln vernachlässigen. Im Vergleich zum Jahre 1924 ist die Zahl der Unfälle im Zentralraon um 13 Prozent gestiegen. Im Jahre 1924 kamen auf 1000 Arbeiter 10,8 Unfälle, im Jahre 1925 12,2. Das hat das Arbeitskommissariat veranlaßt, die Vorschriften über die Schutzvorrichtungen zu verstärken, woraufhin die Zahl der schweren und der tödlichen Unfälle zurückgegangen ist, die ersteren um 33 Prozent, die letzteren um 43 Prozent.“

Es fällt auf, daß die Angaben über die Zahl der Unfälle im Donezkohlenbergbau und im Moskauer Raon sehr stark voneinander abweichen (Donez auf 1000 Arbeiter 168 Unfälle, Moskauer Bezirk 10 bis 12). Diese Abweichung scheint uns aber erklärlich und im großen und ganzen wohl den Tatsachen entsprechend. Die Erklärung liegt darin, daß es im Moskauer Raon sich in sehr erheblichem Maße um Torfgrubung und um Braunkohlenbergbau handelt, bei denen Unfälle verhältnismäßig selten sind. Dagegen besteht der Kohlenbergbau im Donezbezden ausschließlich aus Tiefbau und die Geminung erstreckt sich nur auf Steinkohle, bei der bergbauliche Katastrophen bei ungenügender Vorsicht leicht stattfinden können.

Weiter berührte Bachutow die Frage der Arbeitsspektoren, auf deren Unzulänglichkeit in den Arbeiterversammlungen häufig hingewiesen wird. Die Anschuldigungen, die dabei gegen die Organe des Arbeitskommissariats erhoben werden, hält er für unbegründet. Verantwortlich für den Bestand der Inspektoren sei die Gewerkschaft, die ihre Kandidaten aufstellt. Der Gewerkschaftsrat Bachutow vor, daß sie den Bestand der Inspektoren zu häufig wechselt und im Laufe des Jahres 55 Prozent des Bestandes erneuert habe. Unter diesen Umständen sei die Ausbildung eines Bestandes erfahrener Inspektoren unmöglich.

Der große Kampf in Mexiko.

Von J. W. Brown, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Wenn man den großen Kulturkampf in Mexiko verstehen will, so muß man sich über die Rolle der in den Konflikt verwickelten Parteien, d. h. der Kirche, der Arbeiterbewegung und der fremden Konzessionäre, oder mit anderen Worten: der Vereinigten Staaten, klar sein. Seit 350 Jahren war die Kirche in Mexiko eine große Macht. Sie erwarb riesige Reichtümer, baute mit Gold und Silber ausgestattete Kirchen und tat alles, um Unwissenheit und Aberglauben unter den Arbeitern aufrecht zu erhalten. Immer und immer wieder hat sie ihren Einfluß zugunsten der Reaktion geltend gemacht und Revolution nach Revolution zu erstickt versucht. Ein unparteiischer amerikanischer Journalist sagte vor etwa drei Jahren sein Urteil über die Rolle der Kirche in folgender Feststellung zusammen:

„Mindestens ein halbes Jahrhundert lang hat die Kirche für schöpferische Zwecke, für die Festigung normaler Zustände, für die Einführung technischer Fortschritte und für die geordnete Regelung der Angelegenheiten des Landes nicht das geringste getan.“

Immer war die Kirche gegen die Arbeiter und den sozialen Fortschritt. Bei der gegenwärtigen sogenannten „Verfolgung der Kirche“ handelt es sich in Wirklichkeit um die Durchführung von Bestimmungen der Verfassung des Jahres 1917, denen zufolge u. a. nur mexikanische Staatsangehörige kirchliche Funktionen ausüben dürfen, die Kirche über keine Besitztümer verfügen und kein Priester die Gesetze und die Verfassung des Landes kritisieren darf. Die Bischöfe wenden sich gegen die Durchführung dieser Anordnungen mit dem wirtschaftlichen Boykott und der Kirchenperre. Trotzdem sind aber zurzeit etwa 90 Prozent der Kirchen von den Zivilbehörden übernommen worden. Die scharfe antikirchliche Politik der Regierung ist auf die heimliche, verheißene Feindseligkeit der Geistlichkeit zurückzuführen. Es handelt sich nicht um religiöse Fragen, sondern wieder einmal hat sich die Kirche mit der Reaktion identifiziert. Daraufhin deuten auch die scharfen Worte des mexikanischen Präsidenten Calles, der kürzlich in einer Rede ausführte, es gehe endgültig darum, ob die Revolution über die Reaktion oder die Reaktion über die Regierung siegen soll.

Die Stellung der Arbeiter in Mexiko ist eine einzigartige. Ihr Einfluß ist ungemein groß, und zwar deshalb, weil sie die für das Land äußerlich nötige soziale Organisation aufbauen. Es waren die Arbeiter, die nach langen Wirren und zermürbender Unruhe mit der Unterstützung der Revolution der Jahre 1917 und 1920 eine Epoche der Ruhe und Ordnung erzwangen. Da General Carranza seinen Sieg hauptsächlich den Arbeitern verdankte, war er gezwungen, in der ersten mexikanischen Verfassung fortschrittliche Prinzipien einzulegen. Diese Konstitution geht weiter als die Verfassung irgend eines Landes und soll mit den Mißbräuchen von Jahrhunderten radikal aufräumen. Sie legt die staatliche Zuhälterei der Bodenschätze fest, sie gibt dem Staat das Recht der Enteignung von Land im Interesse der Gemeinwohl, sie annulliert den Wahlstimmtag und enthält weitgehende Gesetze über die Sozialversicherung. Gewerkschaften und Streikrecht sind anerkannt und die Unternehmer zur Annahme des Schiedsgerichtsverfahrens gezwungen. Viele dieser Bestimmungen konnten natürlich nicht von einem Tag zum anderen eingeführt werden. Außerdem wurde viel erreicht und speziell die Regierung Obregon, die der jetzigen Regierung voranging, führte zahlreiche praktische Reformen durch. Die Bauern gelangten in den Besitz von Land und es wurden weitgehende Bildungspläne für die Erziehung der großen Mengen von Analphabeten unter den Bauern und Arbeitern aufgestellt. Ein großer Teil der Arme wurde abgebaut und man traf Maßnahmen, um die indianische Bevölkerung zu einem verantwortlichen Faktor der Bevölkerung zu machen.

Das die Regierung Obregon begann, jetzt die Regierung Calles fort, Calles, der die militärischen Kräfte organisierte, die Carranza fürzten, glaubt an die soziale Organisation und die Unabhängigkeit Mexikos.

Obregon und Calles haben im Mexikanischen Gewerkschaftsbund einen treuen Bundesgenossen. A. A. Morones, der vor seinem Eintritt in die Regierung das Haupt der Gewerkschaftsbewegung war, sieht sich allzeit für die Verhütung amerikanischer Intervention ein. Er verfolgt eine gemäßigte Politik, in welcher er vom Amerikanischen und vom Pan-Amerikanischen Gewerkschaftsbund unterstützt wird. Auch der gegenwärtige Sekretär des Mexikanischen Gewerkschaftsbundes (Crom), Ricardo Trevino, der wie Morones Europa bereist hat, gehört zu den überlegenden Führern des Landes.

Der dritte Faktor in der gegenwärtigen Lage Mexikos ist Amerika. Während des dritten Jahres ihrer Herrschaft machte die Regierung Diaz große Konzessionen aller Art an die Kapitalisten der Vereinigten Staaten. Das Grubengesetz des

Jahres 1884 gab dem Landbesitzer ein Recht auf alle im Innern des Bodens befindlichen natürlichen Reichtümer, Del einbegriffen. Die Verfassung des Jahres 1917 überträgt jedoch die Beschränkung von Mineralien auf die Regierung. Fremde Gesellschaften können nur noch auf Grund von Konzessionen arbeiten, die nur so lang gültig sind, als Mineralien auch tatsächlich gefördert werden. Obwohl unter der Regierung Diaz wie auch während der zehn Revolutionsjahre wurden große Ländereien an amerikanische Gesellschaften abgegeben, so daß amerikanische Del-, Gold- und Silbergrubengesellschaften zurzeit die Hälfte der mexikanischen Reichtümer in Händen haben. Diese Gesellschaften werden ihrerseits von einer Reihe von Finanzmagnaten der Wallstreet beherrscht, die allzeit darauf aus sind, eine Intervention Amerikas in Mexiko herbeizuführen. Die mexikanische Regierung war denn auch, allzeit dieser Gefahr ausgesetzt. Als aber alle Ausichten auf eine solche Entwicklung schwanden, die amerikanischen Gesellschaften die Vorteile einer stabilen Regierung erkannten und ihnen überdies nichts anderes übrig blieb, fügten sie sich mehr oder weniger ihrer Schicksal. Neuerdings wurden jedoch von dieser Seite wieder Versuche unternommen, die bestehende Ordnung zu gefährden. Die mexikanische Regierung versucht jedoch, die wirtschaftliche Durchdringung Mexikos durch eine Reihe neuer Gesetze zu verhindern, die die Rechte der Fremden einschränken. Die amerikanische Regierung protestiert dagegen im Namen der Kapitalisten ihres Landes. Der gegenwärtige Konflikt ist deshalb für die Elemente eine willkommene Gelegenheit, um erneut für die „Intervention“ einzutreten.

Dieses Problem der Intervention beschäftigt nicht nur Mexiko sondern alle Staaten Zentral- und Südamerikas, die einer nach dem anderen der amerikanischen Durchdringung zum Opfer fallen. Mexiko, das reichste und stärkste Land der zentralamerikanischen Staaten, macht die größten Anstrengungen, um Widerstand zu leisten. Würde es in eine Abhängigkeitsstellung geraten, so würde damit das Los des lateinischen Amerika besiegelt. Mexiko wäre ein Anhängsel Amerikas und damit wären die Arbeiter der größte Ausbeutung preisgegeben. Der Fall einer Regierung, die in allen Gebieten sozialen Wirkens so hohe Ideale verfolgt wie das Kabinett Calles, wäre ein Schlag für die Arbeiter der ganzen Welt. Alles in allem kann ich auf Grund meiner persönlichen Erfahrungen im Lande selbst sagen, daß die Kirche ohne Zweifel zurzeit ihr ganzes Gewicht auf die Seite der Reaktion wirft.

Offizielle Richtstiftungen aus Mexiko.

Die kapitalistische und Meritale Presse der ganzen Welt nicht in wohlüberlegter Absicht den Konflikt zwischen der mexikanischen Regierung und der Geistlichkeit dazu aus, die Arbeiter im allgemeinen als religionsfeindlich hinzustellen und den Kampf der mexikanischen Arbeiterregierung zu einem Feldzug gegen die Religion zu stempeln. Um diesen Gerüchten und Feststellungen am ersten Hand begegnen zu können, wandte sich das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes an den Mexikanischen Gewerkschaftsbund und erhielt auf seine Anfrage nachstehende, von Sekretär Trevino vom Mexikanischen Gewerkschaftsbund unterzeichnete Antwort:

„Um die Euch angeschlossenen Organisationen und die ganze Arbeiterbewegung über den wahren Sachverhalt zu unterrichten teile ich Euch mit, daß der Mexikanische Gewerkschaftsbund die Regierung unterstützt, weil es sich darum handelt, Gesetze der Verfassung durchzuführen. Die katholischen Geistlichen verhaften die Kirchen aus Protest gegen diese Gesetze, durch die sie gezwungen sind, sich bei den Gemeinbehörden, die für die Erhaltung der Kirchen als Eigentum der Nation verantwortlich sind, einschreiben zu lassen. Die gleichen Gesetze verbieten Geistlichen, sich in politischen Fragen einzumengen. Die Geistlichkeit feste sich jedoch mit dem internationalen Kapital in Verbindung, um die Abschaffung der Artikel 27, 123 und 130 der Verfassung der Republik herbeizuführen. Zu diesem Zwecke versuchen die Geistlichen auch, das Geschäftsleben der Nation lahmzulegen. Der Mexikanische Gewerkschaftsbund widersetzt sich diesen Untritten und ist bestrebt, die Unterbindung des Geschäftslebens zu vereiteln. Im übrigen versichern wir Euch, daß die Regierung und der Gewerkschaftsbund die Gewissensfreiheit voll respektieren.“

Arbeitslosigkeit - Arbeitsbeschaffung.

Mitte Mai wurden 170 105 Arbeitslose bei Notstandsarbeiten beschäftigt, Mitte Juli 143 695.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben am Montag, den 9. August, in Besprechungen mit der Regierung auf Beschleunigung der beschlossenen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung gedrängt. Etwas mehr Notstandsarbeiter dürften in den nächsten Wochen beschäftigt werden, aber mehr wie 200 000 dürften es kaum werden.

Größere Bedeutung hat auch die Arbeitsbeschaffung durch Aufträge des Reiches, der Eisenbahn, Post usw. Sie sind keine Notstandsarbeiten, sie beleben den freien Arbeitsmarkt und sollen schätzungsweise für 270 000 Arbeiter acht Monate Arbeit geben. Die Vertreter der Gewerkschaften fordern, daß die Reichs- und Landesbehörden alle diese Arbeiten auf der denkbar breitesten Grundlage fördern und vor allem beschleunigen.

Außerdem wurde über die Frage der ausgesetzten Erwerbslosen verhandelt. Der Arbeitsminister hat bisher lediglich seine Anordnung, wonach in Fällen besonderer Härte den unteren Verwaltungsorganen die Befugnis zuteilt, Erwerbslose bis zu 52 Wochen zu unterstützen, verlängert. Die von den Gewerkschaften geforderte Verlängerung der Unterstützungsperiode über 52 Wochen hinaus ist nicht eingetreten. Der Arbeitsminister erklärt, daß eine derartige Verlängerung lediglich durch den Reichstag erfolgen könne, nicht aber durch Anordnung des Ministers. Es ist in den nächsten Tagen lediglich eine Verfügung zu erwarten, nach der langfristig Erwerbslose (über 52 Wochen Unterstützungsdauer) der allgemeinen Arbeitslosenzustellung überwiechen sind. Leistungswachen Gemeinden oder Fürsorgeverbänden sollen 50 Prozent der für langfristig Erwerbslose aufgewandten Unterstützungsmittel zurückerstattet werden. Gegen die geplante Regelung haben die Gewerkschaftsvertreter Verwahrung eingelegt. Es ist nicht anzunehmen, die Opfer der Wirtschaftskrise der Armenfürsorge zu überantworten. Die Gewerkschaften verlangen Sicherungen, daß der Erwerbslose im Rahmen der bestehenden Fürsorge für Erwerbslose weiter versorgt wird. Dieses kann nur dadurch geschehen, daß die Unterstützungsperiode entsprechend verlängert wird. Entgegen der Auffassung im Reichsarbeitsministerium, daß eine derartige Verlängerung der Unterstützungsperiode nur durch den Reichstag erfolgen könne, forderten die Gewerkschaften die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Jahreshälfte zeigte einen stärkeren Rückgang. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich von 1 383 000 am 15. Juli auf 1 228 000 am 1. August verringert, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger, die bisher in geringem Maße gewachsen war, von 335 000 auf 321 000. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist demnach von 1 718 000 auf 1 549 000, also um 96 000 oder 5,6 Prozent, die Zahl der unterstützten Familienangehörigen (Zuschlagsempfänger) von 1 709 000 auf 1 645 000 gefallen. Während des ganzen Monats Juli ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 1 405 000 auf 1 228 000 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 355 000 auf 321 000, die Gesamtzahl von 1 471 000 auf 1 549 000, also um 89 000 oder rund 6 Prozent.

Fragen der Arbeiterversicherung.

Zusammenstellung

der für einen Kalendertag zu zahlenden Beträge an Kranken- und Hausgeld in der Ruhrknappschaft.

Krankengeld:	Für Versicherte mit				Hausgeld:							
	Wohlfrau	Wohlfrau u. 1 Kind	Wohlfrau u. 2 Kinder	Wohlfrau u. 3 Kinder	1 Angehöriger	2 Angehöriger	3 Angehöriger	4 Angehöriger	5 Angehöriger	6 Angehöriger	7 Angehöriger	8 Angehöriger
1	0,23	0,25	0,27	0,29	0,32	0,34	0,11	0,14	0,16	0,18	0,20	0,23
2	0,45	0,49	0,53	0,58	0,62	0,67	0,22	0,27	0,31	0,36	0,40	0,45
3	0,67	0,74	0,80	0,87	0,94	1,01	0,34	0,40	0,47	0,54	0,60	0,67
4	0,89	0,98	1,07	1,16	1,25	1,34	0,45	0,53	0,62	0,71	0,80	0,89
5	1,12	1,23	1,34	1,45	1,56	1,67	0,56	0,67	0,78	0,89	1,00	1,12
6	1,34	1,47	1,60	1,74	1,87	2,00	0,67	0,80	0,93	1,07	1,20	1,34
7	1,56	1,72	1,87	2,03	2,18	2,34	0,78	0,94	1,09	1,25	1,40	1,56
8	1,78	1,96	2,14	2,31	2,49	2,67	0,89	1,07	1,25	1,42	1,60	1,78
9	2,01	2,21	2,41	2,61	2,81	3,01	1,00	1,20	1,40	1,60	1,80	2,01
10	2,23	2,45	2,67	2,89	3,12	3,34	1,11	1,34	1,56	1,78	2,00	2,23
11	2,45	2,70	2,94	3,19	3,43	3,68	1,23	1,47	1,72	1,96	2,21	2,45
12	2,67	2,94	3,20	3,47	3,74	4,01	1,34	1,60	1,87	2,14	2,40	2,67
13	2,88	3,15	3,43	3,72	4,00	4,29	1,43	1,72	2,00	2,29	2,57	2,88
14	3,05	3,35	3,65	3,96	4,26	4,57	1,52	1,83	2,13	2,44	2,74	3,05
15	3,23	3,55	3,87	4,19	4,52	4,84	1,61	1,94	2,26	2,58	2,90	3,23
16	3,41	3,75	4,09	4,43	4,77	5,12	1,71	2,05	2,39	2,73	3,07	3,41
17	3,59	3,95	4,31	4,67	5,03	5,39	1,80	2,15	2,51	2,87	3,23	3,59
18	3,78	4,15	4,53	4,91	5,29	5,66	1,89	2,27	2,64	3,02	3,40	3,78
19	3,96	4,35	4,75	5,14	5,54	5,93	1,98	2,37	2,77	3,16	3,56	3,96
20	4,14	4,55	4,97	5,38	5,80	6,21	2,07	2,48	2,90	3,31	3,73	4,14
21	4,32	4,75	5,18	5,62	6,05	6,48	2,16	2,59	3,02	3,46	3,89	4,32

Die vorstehenden Sätze werden ab 1. Juli 1926 gezahlt. Von einer Verfertigung über die Errechnung der Lohnstufen sehen wir ab, da höchstwahrscheinlich bereits in der nächsten Sitzung diese Sache anders geregelt wird.

Vorstandsitzung der Ruhrknappschaft.

In der letzten Sitzung des Vorstandes der Ruhrknappschaft, die am 10. August in Bochum stattfand, teilte die Verwaltung mit, daß die rückständigen Beiträge von den Werken so weit eingegangen sind, daß von den 17 Millionen Reichsmark rückständiger Beiträge, die die Werke schuldig waren, die meisten eingegangen sind, so daß nur noch 2 bis 3 Millionen Rückstände vorhanden sind. Thypfen, der mit über 6 Millionen bei der Knappschaft im Rückstand war, hat seine Schulden nach Bildung der Aktiengesellschaft bezahlt. Die Verzugszinsen, die für Werke, mit denen keine Vereinbarung zustande kam, 13 Proz., und dort, wo eine Vereinbarung zustande kam, 10 Prozent betrug, sind für weitere auf 10 Prozent und für letztere auf 8 Prozent herabgesetzt worden. Von einzelnen Werken Ruhrzechen, bei denen es zur Zwangsversteigerung kam, konnte die Knappschaft nicht alle Beiträge eintreiben. Die Verluste, die hierbei entstanden sind, werden jedoch durch die hohen Verzugszinsen von anderen Stellen gedeckt. In Welfentrichen soll ein neues Fabrikgebäude gebaut werden. Das alte, welches den gegenwärtigen Erfordernissen nicht mehr entspricht, wird verkauft.

Nach Einführung der Familienhilfe wird die Knappschaft von einer großen Anzahl Ärzten bestürmt, die die Einstellung als Knappschaftsärzte wünschen. Namentlich ist der Andrang von Zahnärzten besonders stark. Da die Erhebungen über den Bedarf noch nicht abgeschlossen sind, konnte der Vorstand keine endgültige Stellung zu dieser Frage nehmen. Die Pflegefälle in den Krankenzimmern sind etwas erhöht worden, und zwar nach Abtufung in drei Klassen mit 15, 20 und 40 Wt. Dafür soll der zehnprozentige Zuschlag für den Pflegefall der Frauen, wie er bisher bestand, in Fortfall kommen.

Als Termin für die Bezirksversammlung, in der die Vertreter zur Hauptversammlung gewählt werden sollen, ist der 25. September 1926 festgesetzt. Wenn in der Arbeiterabteilung für das Reichsgebiet ebenfalls nur eine Liste eingereicht wird wie in der Ruhrknappschaft, so braucht die außerordentliche Bezirksversammlung nicht stattzufinden. Der Wahlvorstand für die Vertreter in der Bezirksversammlung ist vom Vorstand ernannt worden. Der Ausschuss zur Feststellung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes wurde durch den Vorstand nachträglich bestätigt.

Als Beitrag zur Krankentasse wurde der Beitrag, wie er von der Verwaltung festgesetzt wurde, vom Vorstand genehmigt. Er beträgt gegenwärtig 7 1/2 Prozent vom Lohn, wovon die Arbeiter 5 Prozent und die Unternehmer 3 Prozent zu zahlen haben. Bei der Erörterung über die Beitragsfrage wiesen die Werkvertreter darauf hin, daß eine Zunahme von Krankenzechen nach dem Inkrafttreten des Reichsknappschaftsgesetzes zu verzeichnen sei. Man nannte auch einige Schachtanlagen, wo die Zunahme 50 Prozent betragen hätte, u. a. wäre dies auf der Zeche Berne I-II, Anna, Emder I-II, Sachsen und auf einigen Schachtanlagen im Hamborner Gebiet. Der Generaldirektor Wiskott fragte hierauf die Versichertenvertreter, wie sie sich dies erklären, worauf ihm von dieser Seite die Antwort zuteil wurde, daß durch die Untertreibung, wie sie jetzt üblich ist, und durch die vielen Schichten, die die Bergarbeiter verlassen, zweifellos eine größere Morbidität bedingt wird. Die Versichertenvertreter müßten selbstverständlich jeden Mißbrauch beurteilen. Wenn jedoch die Angaben der Zechen über den Prozentsatz der Krankenzechen mit der gleichen Sorgfalt gemacht worden sind, wie die Berechnung über das Krankengeld in der „Bergwerks-Zeitung“, dann ist diesen Angaben nur mit großem Mißtrauen zu begegnen. Die Verwaltung teilte mit, daß auf den betreffenden Anlagen auch Nachuntersuchungen stattgefunden haben mit dem Ergebnis, daß ein großer Teil der Krankenzechen kurz nach Ankündigung der Nachuntersuchung sich gesundschreiben ließ und gar nicht zur Nachuntersuchung erschienen wäre. In der Hauptsache sollten dies jüngere Bergarbeiter sein.

Nach einem Vorschlage der Verwaltung sollten die Lohnstufen des Krankengeldes mit den Lohnstufen der Pensionstasse in Uebereinstimmung gebracht werden. Die Versichertenvertreter schlugen jedoch eine andere Ermittlung der Lohnstufe vor. Sie kündigten an, daß sie beabsichtigen sein werden, auch den Beitrag zur Pensionstasse in Prozentlagen des Lohnes zu erheben, damit die Beitragsbelastung bei wenigen Schichten im Monat nicht so drückend empfunden werde. Vorläufig bleibt es in der Pensionstasse bei der Beitragsfestsetzung, wie sie durch die Verwaltung vorgenommen worden ist. In der Reichsinvalidenversicherung werden die Beiträge nicht wie bisher in zwei Gruppen, sondern in Zukunft in vier Gruppen erhoben.

Eine längere Verhandlung fand im Personalausschuß statt, der sich mit der Frage zu befassen hatte, ob die Mehrarbeit, die

durch das Reichsknappschaftsgesetz verursacht worden ist, in regelmäßigen Dienststunden oder in Ueberstunden erledigt werden soll. Zum Teil sind bereits in erheblichem Maße Ueberstunden bei den Zweigbüros und der Hauptverwaltung geleistet worden, um die größten Umrechnungen, die notwendig waren, zu erledigen. Es sind im ganzen 143 000 Renten neu zu berechnen und den Beziehern den Bescheid zu erteilen. Angesichts dessen, daß, wenn die Mehrarbeit in Ueberstunden geleistet würde, ein Kostenpunkt von ungefähr 150 000 Mt. entstehen würde, haben die Versichertenvertreter abgelehnt, Ueberstunden noch weiter machen zu lassen. Da bereits die jetzigen Beiträge zur Knappschaft recht ansehnlich sind, müssen die Versichertenvertreter darauf achten, daß jede Mehrbelastung unterbleibt. Sie haben deshalb die Verwaltung ersucht, alles aufzubieten, daß die Arbeit in regelmäßigen Stunden geleistet wird. Angesichts der Belastung der Bergarbeiter durch die Beiträge glauben die Versichertenvertreter, daß die Angestellten der Ruhrknappschaft ihr Möglichstes tun werden, um so bald wie möglich die Mehrarbeit, die durch das Reichsknappschaftsgesetz entstand, im Interesse der Versicherten auch ohne Ueberstunden zu erledigen.

Berichtigung.

Unter „Knappschaftliches“ in Nr. 32 sind einige Irrtümer unterlaufen. Im 5. Absatz: „Dahleich usw.“ muß es heißen: „auf die am 1. Juli 1924 (nicht 1926) vorhandenen Invaliden“. Im letzten Absatz muß es § 21 statt § 22 heißen.

Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Wann darf ein tariflich festgelegter Lohn vom Arbeitgeber unterschritten werden?

Im Januar zahlte die Gewerkschaft Gotteslögen, Betriebsabteilung Gotteshilfe in Delsnis, einer Ortsbelegschaft von sechs Mann 28 Prozent aus. Der § 4 des Tarifvertrages für den sächsischen Steinkohlenbergbau besagt u. a. folgendes: „Für die Bedingearbeiter wird ein Mindestprozentsatz des Zusatzlohnes festgesetzt, der bei Durchschnittsleistung nicht unterschritten werden darf.“ Dieser Mindestprozentsatz des Zusatzlohnes beträgt im sächsischen Steinkohlenbergbau für Untertagearbeiter zurzeit 66 Prozent. Die Betriebsabteilung unterschritt damit den tariflich festgesetzten Mindestlohn um rund 100 Prozent. Das bedeutet für den Vollbauer eine Schädigung pro Schicht bis zu 1,40 Mt. Bei dem hohen Lohn, den die Bergarbeiter an und für sich erhalten, war diese Lohnkürzung eine ganz empfindliche Schädigung. Die Belegschaft wandte sich, da sämtliche organisiert waren, an die Bezirksleitung unseres Verbandes, die daraufhin beim Bergschiedsgericht Klage gegen die Betriebsabteilung Gotteshilfe wegen Nichtzahlung des tariflichen Mindestlohnes einreichte. Diese Klage wurde am 13. Juli verhandelt. Die Klägerin verlangte Ablehnung der Klage, da nach ihrer Ueberzeugung eine Minderleistung, erzeugt durch Arbeitsunlust der betreffenden Belegschaft, vorliege. Die Flözverhältnisse des betreffenden Arbeitspunktes seien äußerst günstig gewesen und bei einigermaßen gutem Willen zur Arbeit hätte die Möglichkeit, einen höheren Lohn zu verdienen, auch vorgelegen. Sie bitte daher, diese Klage als unberechtigt abzulehnen.

Die Kläger gaben zwar zu, daß die Flözverhältnisse des Arbeitspunktes nicht die schlechtesten waren, aber das Fehlen von leeren Hunden in den meisten Schichten sowie durch teilweisen Holzangel zum Verhauen des Ortes seien die Voraussetzungen zur Ausnutzung der Flözverhältnisse nicht vorhanden gewesen. Die Kläger haben wiederholt die Beamten auf diese Uebelstände aufmerksam gemacht und ihnen erklärt, daß unter solchen Umständen keine Leistung zu erzielen sei. Abhilfe sei aber nicht geschaffen worden.

Die Zeugen der Kläger bestätigten dies, während die Zeugen der Beklagten dies nicht abstreiten konnten.

Das Gericht kam zu dem Ergebnis, daß der Klage stattgegeben und die Betriebsabteilung zur Zahlung des tariflichen Mindestlohnes zu verurteilen sei. Das Gericht hat auf Grund der Beweisaufnahme eine bewußte und verschuldete Minderleistung der Kläger nicht als erwiesen anerkennen können, stellte aber fest, daß jenseits der Betriebsleitung nicht alles getan wurde, um eine höhere Leistung zu ermöglichen.

Die Beklagte wurde daher verurteilt, die Kosten des Verfahrens zu tragen und den Klägern den rückständigen Lohn — rund 150 Mt. — nachzuzahlen.

Für die Bergarbeiter selbst dürfte diese Klage und ihr Erfolg Veranlassung zum ernstlichen Nachdenken sein. Wieder war es auch hier die Organisation, der sie diesen Erfolg zu verdanken haben. Ohne Organisation keinen Tarifvertrag und kein Anrecht auf Mindestlohn. An den Bergarbeitern selbst liegt es, von dem ihnen zuteilenden Recht auch den richtigen Gebrauch zu machen. Das wird nur möglich sein, wenn sie der Organisation angehören.

Die Willkür der Betriebsleitung auf Grube Maria.

Am Mittwoch, den 1. August, stand vor dem Bergewerbergericht in Bardenberg folgender Fall, der so recht die Willkür der Betriebsleitung der Arbeiter gegenüber kennzeichnet, zur Verhandlung.

Der Bauer W. aus Mariadorf klagte gegen den Schweizer Bergwerksverein auf Zahlung von 7 Mt., weil er durch die willkürliche Maßnahme der Betriebsleitung um diesen Betrag geschädigt worden sei. Der Tatbestand ist kurz folgender:

W. hatte am 28. Juni d. J. Frühlicht und passierte um 6,25 Uhr die Markentrolle, um seine Schicht bezw. Kontrollmarke in Empfang zu nehmen. Diese wurde ihm mit dem Bemerkten, daß die Markenabgabe und -empfangnahme laut Bekanntmachung des Betriebsführers am 6.25 Uhr beendet sein müsse, verweigert. W. erhielt keine Marke und konnte infolgedessen seine Frühlicht nicht verlassen. Er wurde bei seinem Steiger vortrefflich und hat, da er Familienvater sei, möge man ihm gestatten, die Schicht nachmittags herauszuarbeiten. Diese Bitte wurde ihm ebenfalls abgelehnt, obwohl derartige gang und gäbe und auch sehr gut möglich im Bergbau ist. W. mußte die Schicht einbüßen. Eine Vermittlungsaktion des Betriebsrates wurde vom Betriebsführer W. dahin beantwortet, W. solle kündigung, widrigenfalls würde er, der Betriebsführer, dem W. im Wiederholungsfall selbst kündigen.

Um nun zu seinem Recht zu kommen, wandte sich W. an seine Organisation, den Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Dieser reichte Klage beim Bergewerbergericht ein. In der Verhandlung machte der Betriebsführer W. zu seiner Entlastung geltend, daß er diese Regelung bei seinem Amtsantritt so übernommen habe, er bitte die Bekanntmachung nur aufgerichtet. Die Seilfahrtszeit von 6,15 bis 6,50 Uhr sei nicht geändert, sondern seit Jahren schon dieselbe.

Der Vertreter des Klägers, Gewerkschaftssekretär G., hielt dem entgegen, daß an dem fraglichen Morgen nicht nur W., sondern mit ihm noch etwa 20 andere Kameraden daselbe Schicksal erlitten hätten, wenn sie sich derartiges gefallen ließen, dann brauche nicht

auch W. sich das gefallen zu lassen. Daß die Seilfahrtszeit dieselbe geblieben sei, werde nicht bestritten, aber die Einteilung, die durch die widerrechtliche Einführung der reibereiften Einfahrt erfolgt sei, wirke sich zu Ungunsten des einzelnen Mannes aus. Durch die neue Regelung sei W., der bestimmungsgemäß erst um 6,50 Uhr einfahren könne, gezwungen, 25 bis 30 Minuten früher erscheinen zu müssen, es genügen aber 5 bis 10 Minuten, mithin würde seine Schicht um 20 Minuten nutzlos verlängert. Die Werkleitung sei absolut nicht berechtigt, derartige Neuerungen (reibereifte Einfahrt) ohne Zustimmung des Betriebsrats bezw. des Schlichtungsausschusses (§ 78 Ziffer 3, § 80 I u. II des B.R.G.) einzuführen. Sie habe durch ihre Maßnahme einseitig gehandelt und die Bestimmungen der Arbeitsordnung (§ 13) außer Kraft gesetzt. Dieses sei ein willkürlicher Verstoß gegen Gesetz und Recht, dem das Gericht jedenfalls nicht beitreten werde.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Klagevertreters an und verurteilte den Schweizer Bergwerksverein, den eingeklagten Betrag an den Kläger zu zahlen. Die Urteilsbegründung unterstrich, daß die Werkleitung tatsächlich gegen die klaren gesetzlichen Bestimmungen und gegen den noch zu Recht bestehenden § 13 der Arbeitsordnung verstoßen habe. Die Werkleitung sei nicht in der Lage gewesen, den Nachweis für die Richtigkeit ihrer Behauptungen zu erbringen.

Das Urteil schien dem Herrn Betriebsführer W. nicht so sehr angenehm zu sein, denn das sonst so liebenswürdige Lächeln mußte plötzlich einem recht unschönen und grimmigen Gesichtsausdruck Platz machen. Wie aber hätte der Betriebsführer erst dreingesehen, wenn auch die übrigen 20 Mann von ihrem Klagerrecht Gebrauch gemacht hätten?

Kameraden! Noch ist es Zeit, wahrt eure Rechte, laßt euch nicht durch das Vorgehen irgendeines Betriebsführers, der da glaubt, als Diktator auf die Welt gekommen zu sein, einschüchtern, wehrt euch gegen dieses Sklaventum und erhaltet euch eure Mannesehre. Organisiert euch! Werdet Mitglied im Verband der Bergarbeiter Deutschlands und erschlagt dadurch die Diktaturgelenke der Werksherren!

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Börsen-Sonnenschein.

Am der Börse scheint nach wie vor die Sonne. Die Kurse schnellten in der ersten Augustwoche weiter in die Höhe. Die Börsenberichterfasser der bürgerlichen Handelsblätter singen ein Loblied auf die kommende gute Konjunktur, die die Börse vorwegnehme. So schreibt der Börsenvertreter der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ in Nr. 184:

„Wir stehen im Anfang einer großen Bewegung mit Kurssteigerungen bis um 30 Prozent, meinte gestern zu uns der Bankier Herr K.; es komme eine große wirtschaftliche Konjunktur, welche von der Börse vorweggenommen werde; wer sich dagegen stemme, werde überannt. Man wolle sich, so erklärte ein anderer Bankier, darüber klar sein, daß solche Börsenzeiten so leicht nicht wiederkehren werden; ohne Beispiel war der Optimismus des vorigen Jahres, ohne Beispiel werde der Kursaufschwung dieses Jahres sein.“

In dieser Stimmung eilen die Kurse nach oben. So ist es fern Wunder, daß eine ganze Reihe deutscher Aktienpapiere hohe Kurse aufweist, wogegen am Jahresanfang nur wenige Papiere über 100 Prozent notierten. Die sogenannten Fabrikpapiere an der Börse, soweit Aktien in Fragen kommen, sind folgende:

Aktienpapiere	Kurs am 9. August
Röbbergrube	475
IG Farbenindustrie	291
Berliner Rindl-Brauerei	292
Vereinigte Glasfabriken	279
Schultheiß-Bayerhoffer	244
Schöfferhoff-Wein-Brauerei	238
Reichelsbräu	230
Bergw.-Gesellschaft König Wilhelm	222
Roth-Bücher	220
Dortmunder Ritterbräu	214
Berliner Handelsgesellschaft	200

Der Kursstand in einer Zeit solcher großen Arbeitslosigkeit ist in der Tat ohne Beispiel. Nun wollen gar diese Kurse noch um 30 Prozent in die Höhe gehen! Wärrlich, der Berichterfasser der „Bergw.-Ztg.“ hat recht: solche herrliche Zeiten dürften für die Börsianer in der Tat nicht wiederkehren!

Aber auch von den Spitzen abgesehen, standen andere Papiere sehr hoch. Aus der Montanindustrie nennen wir noch: Rödner 122, Köln-Neuessen 140, Deutsch-Luz 156, Schweizer 134, Essener Steinkohlen 150, Mansfeld 115, Mülheimer Bergwerksverein 126, Phönix-Bergbau 126,7, Braunschweiger Kohlenwerke 155, Bochumer Guß 148, Mannesmannröhren 132, Rhein Stahl 149,3.

Von anderen Kurien seien genannt: Salzdefurth 163,5, Saline Salzgungen 106, Westeregeln 146,2, Wandererwerke 152, Ber. Portlandzement 189, Lahmeyer 139, U.E.G. 150, Ammendorfer Papier 170, Alsenzement 193, Reichslohpapier 174.

Am 10. August gab es einen kleinen Börsentrad. Eine Reihe Industriepapiere gaben um 1, 2, 5 Prozent nach. Von Bedeutung war das nicht, eine solche Einwirkung ist ja durch geringes Verkaufsangebot leicht zu erzielen. Die ganze Lage an der Börse rechtfertigt den oben erwähnten Optimismus nach wie vor. Aber trotzdem sollen die Löhne nicht steigen!

Ruhrindustrie und Donegebiet.

Eine Industriellendvertretung aus dem Ruhrgebiet, Dr. Recklin, Dr. v. Berg und Obergeringieur Kirjchel, hat das Donegebiet besucht. In ihren Verhandlungen sollen Vereinbarungen erzielt sein, auf deren Grundlage eine Belegung deutscher Industriezweige durch neuwertige Aufträge ermöglicht werden dürfte.

Die deutsche Reparationszahlungen im Juli.

Nach der Uebericht des Generalagenten für Reparationszahlungen über die Einnahmen und Zahlungen im Monat Juli 1926 betragen in Millionen Reichsmark: die Gesamteinnahmen 93,02, die Gesamtzahlungen 93,68. Zur zweiten Reparationsjahr sind bis zum 31. Juli 1926 eingenommen worden 1010,07, zu denen ein Vorbestand am 31. August 1925 von 107,01 kommt. Davon sind Zahlungen geleistet worden in Höhe von 1024,02, so daß sich ein Vorbestand von 93,06 Mill. Mt. am 31. Juli 1926 in der Kasse des Generalagenten ergibt.

Zunahme der Arbeitslosen in England.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen betrug am 2. August 1 618 800. Das sind 13 380 mehr als in der vorhergehenden Woche und 358 393 mehr als in der entsprechenden Woche des Jahres 1925.

Aufgang der österreichischen Arbeitslosenziffer.

Nach einer amtlichen Mitteilung weist die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich am Ende des Monats Juli mit 137 908 gegenüber dem Stand von Mitte Juli von 136 168 eine geringfügige Abnahme auf, doch ist der Stand immer noch höher als Ende Juni, wo 136 142 Arbeitslose gezählt wurden.

Ein Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Wie aus der bereits veröffentlichten Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes hervorgeht, hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften angelehnt der Fortdauer des schweren Kampfes, in dem die englischen Bergarbeiter seit über drei Monaten stehen, den Antrag gestellt, eine Sammlung der internationalen Arbeiterkraft zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter in die Wege zu leiten.

Die deutsche Arbeiterkraft wird trotz der schweren Notlage, in der sie sich seit über drei Viertel Jahren befindet, hinter den Arbeitern der anderen Länder in der praktischen Betätigung ihrer

internationalen Solidarität nicht zurückstehen wollen. Sie hat von jeher in vorderster Linie gestanden, wenn es galt, ausländischen Kameraden im Kampfe beizustehen. Der Bundesvorstand wendet sich daher an alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, den englischen Bergarbeitern nach Kräften die erbetene Hilfe zu gewähren.

Der Bundesvorstand fordert hiermit die Ortsauslässe an, die Unterstützungsbeträge der Mitglieder entgegenzunehmen und baldmöglichst an die Bundeskasse in Berlin zur Weiterleitung an den Internationalen Gewerkschaftsbund abzuführen.

Berlin, den 13. August 1926.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kalipreiserhöhung um 12 Prozent beschlossen.

Vom Reichswirtschaftsminister beanstandet.

Der Reichskalktrat beschloß mit 13 gegen 9 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen, dem Antrage des Handels gemäß, die Erhöhung um 12 Prozent durchzuführen. Das Kalihandelskartell hatte 18 Prozent ab 15. August verlangt. Der Bevollmächtigte des Reichswirtschaftsministers beanstandete auf Grund des § 91 der Durchführungsvorschriften zum Kalihandelsgesetz den Beschluß, weil zurzeit der Nachweis eines Erfordernisses der Preiserhöhung nicht ausreichend geführt sei, und begleitete den Einspruch mit der Erklärung, daß die Entscheidung des Reichswirtschaftsministers über Aufrechterhaltung des Einspruchs in der vorgeschriebenen Frist ergehen werde. Mit Rücksicht hierauf beschloß der Reichskalktrat, die Preiserhöhung nach Ablauf der Frist am 1. September in Kraft treten zu lassen.

Die 13 Stimmen, die für die Kalipreiserhöhung gestimmt haben, setzen sich aus den Vertretern der Länder, der Erzeuger, des Syndikats, des Kalihandels, der industriellen Abnehmer und des Sachverständigen für den Kalibergbau zusammen. Dagegen stimmten die Vertreter der Landwirtschaft, aber nur ein Teil der Arbeitnehmer, während sich der andere Teil der Arbeitnehmer der Stimme enthielt.

Die Maschine im oberirdischen Bergbau.

Ueber die Maschinenverwendung im deutsch-oberirdischen Bergbau werden folgende Zahlen gegeben:

Seilbahnen mit Pressluftantrieb	1914	1925
mit elektrischem Antrieb	14	79
Locomotiven: Benzollokomotiven	18	93
elektrische Locomotiven	83	113
Schüttelrutschenmotoren: Pressluftantrieb	29	89
mit elektrischem Antrieb	118	407
Länge der Schüttelrutschen in Metern	—	41
Förderbehälter im Abbau: Pressluftantrieb	1580	23288
mit elektrischem Antrieb	100	1266
Sandbohrmaschinen: mit Druckluftantrieb	37	186
mit elektrischem Antrieb	1101	3079
Abbauhämmer	76	471
Schrammmaschinen	6	697
Ortsventilatoren: mit Pressluftantrieb	14	299
mit elektrischem Antrieb	20	242
Pumpen in Vorrichtung und Abbau	17	76
Fördermaschinen: Anzahl	92	317
Leistungsfähigkeit in Tonnen je Stunde	42	54
Auffostvorrichtungen am Schacht	4833	6803
	11	30

An Betriebskraft waren im Jahre 1914 im Dampfbetrieb 249 Kolbendampfmaschinen mit 9311 PS, im elektrischen Betrieb 77 Dynamos mit 4538 PS sowie 95 Elektromotoren mit 8536 PS Leistungsfähigkeit, ferner 578 Grubenpferde vorhanden. Im Gegensatz hierzu ergab sich für die folgenden Jahre ein Rückgang in der Verwendung von Dampfmaschinen und eine fortgesetzte Zunahme des Bestandes elektrisch betriebener Maschinen. Im Jahre 1925 waren infolgedessen in den deutsch-oberirdischen Gruben nur noch insgesamt 164 Kolbenmaschinen mit einer Leistungsfähigkeit von 54497 PS und 37 Turbinen mit 71133 PS im Betrieb; dagegen hatte sich die Zahl der Elektromotoren auf 2378 mit 136517 PS und die der Dynamos auf 97 mit 54838 PS erhöht, während die Anzahl der im Betrieb befindlichen Grubenpferde gleichzeitig auf 356 zurückging.

Der Förderleistunganteil der Gesamtbelegschaft belief sich im Jahre 1913 je Mann und Schicht auf 1,139 Tn., im Jahre 1923 auf 0,625 Tn., 1924 auf 0,933 Tn. und 1925 auf 1,154 Tn.; er hob sich bis zum Juni d. J. auf 1,236 Tn. Die Förderrate für die Jahre 1923 und 1924 sind deshalb so niedrig, weil in diesen Jahren größere Streiks stattfanden, die die Förderleistung des Reviers erheblich beeinträchtigten.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Herrschaft des Tarifvertrags.

Vom Reichsarbeitsblatt ist ein Sonderheft erschienen: Die Tarifverträge im Deutschen Reich am 1. Januar 1925. Danach bestanden am diesem Tage 3861 Tarifverträge für 1 187 963 Betriebe und 21 719 109 Personen, darunter 1 620 175 weibliche. Von diesen Tarifverträgen wurden im Laufe des Jahres 1924 neu abgeschlossen 452 für 871 674 Betriebe und 13 760 402 Personen, davon 528 120 weibliche.

Ueber die Arbeitszeit gibt die Statistik folgende Zahlen:

Arbeitszeit	in Tausend Betrieben	in Tausend Personen	in Tausend Personen	in Tausend Personen
über 42 Stunden	0,8	0,2	5,1	0,1
42-44	2,1	1,6	3,2	1,6
44-46	3,1	1,3	3,3	5,8
46-47	1,5	0,6	0,3	0,1
47 bis unter 48 Stdn.	9,7	0,6	0,0	0,1
48 Stunden	85,9	73,1	77,2	79,2
48	3,4	2,0	19,9	15,1

Danach wurden acht Stunden oder weniger gearbeitet in 77 Prozent der Betriebe mit 91 Prozent der Beschäftigten. Trotz aller Wirtschaftskrisen war die Gewerkschaftsarbeit also nicht weniger wichtig, denn ohne sie hätte die achtstündige Arbeitszeit nicht so gehalten werden können!

Internationale Rundschau.

Die Bergbauangelegenheiten in England.

Leben unter dem drittigen Bergarbeiterlohn ebenfalls in sehr hartem Maße. Die Angehörigen haben die Parole ihrer Verbände, keine Streikaktionen zu leisten, mit ganz verschwindenden Ausnahmen besetzt. Die Arbeitgeber haben daher auf ihre Pläne während der Dauer des Streiks verzichtet und die Zahlung der Löhne nach dem Ablauf der gesetzlichen Frist von vier Wochen eingestellt. Von den Angehörigen sind dann Anträge auf Erwerbslosenunterstützung gestellt worden. Diese Anträge wurden aber meistens für zur Angehörigen abgelehnt, die Mitglieder der verschiedenen Arbeiterorganisationen waren. Es gibt nämlich in Eng-

land zahlreiche Angestellte, die beim Wechsel ihrer Tätigkeit vom Arbeiter zum Angestellten Mitglied ihrer Organisation geblieben sind. Außerdem werden in einigen Revieren die Fahrhauer und Steiger ganz allgemein von den Arbeiterverbänden mit erfasst. In diesen Bezirken haben sich nach dem Kriege auch Angestelltenorganisationen gebildet, was mitunter zu sehr scharfen Grenzstreitigkeiten geführt hat. Aus Pressmeldungen ist nun zu entnehmen, daß man jetzt die Erwerbslosenunterstützung an Angestellte ziemlich allgemein ablehnt. Zur Begründung wird gesagt, daß auch das Einkommen der Angestellten vom Ausgang dieses Arbeiterkampfes abhänge, so daß sie als direkt Beteiligte anzusprechen sind. Die Angestelltenverbände haben jetzt die höchstgerichtliche Entscheidung angeufen. Eine Entscheidung ist jedoch bis heute noch nicht erfolgt. Mit der Dauer des Streiks wird nun die Not in den Kreisen der Angestellten immer drückender. Von den Verbänden wird jetzt in der Öffentlichkeit zur Unterstützung ihrer Frauen und Kinder gesammelt. In den Aufrufen wird u. a. auf die vollständige Erschöpfung ihrer Kassen hingewiesen, die schon vorher durch die durch viele Stilllegungen bedingte Arbeitslosigkeit stark geschwächt waren.

„L'Operaio Italiano.“

Ein Name, der den deutschen Gewerkschaftlern geläufig war in jener Zeit, als viele Tausende von italienischen Arbeitern in Deutschland beschäftigt wurden. Er war die italienisch geschriebene Zeitung „L'Operaio Italiano“ das einzige Verständigungsmittel mit dem der deutschen Sprache unfundigen fremden Arbeiter. Mit dem Hinweis auf das Verzeichnis der bestreikten Orte und in der Hoffnung auf eine gute Wirkung der in der Zeitung enthaltenen Aufsätze drückte man dem sich ein wenig ablehnend verhaltenden italienischen Arbeiter das Blatt in die Hand. Nach einigen Jahren ihres Bestehens war die italienische Zeitung der deutschen Gewerkschaften in Deutschland und in Italien bekannt, geschätzt und gefördert. Gefürchtet von den Streikbrechern und von den Seelenderkäufern, geschätzt von jenen italienischen Arbeitern, die die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenhanges empfanden.

Seite ist die Zahl der in Deutschland beschäftigten Italiener gering. Wanderarbeiter, die nur während der Saison hier arbeiten, dürfte es zurzeit überhaupt nicht geben. Die in Deutschland wohnenden italienischen Arbeiter haben wohl zumeist nur noch ganz lose Beziehungen zu Italien. Immerhin dürfte es manchem dieser „deutlich“ gewordenen italienischen Kameraden willkommen sein, zu vernehmen, daß „L'Operaio Italiano“ wieder erscheint. Die Zeitung wird seit dem 1. Mai 1926 in Paris von der Confédération Générale du Travail gemeinsam mit der Bauarbeiterinternationale herausgegeben. „L'Operaio Italiano“ in Paris betrachtet es als seine vornehmste Aufgabe, die im Auslande arbeitenden italienischen Proletarier über die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären, ihnen die Gefahren des Faschismus zu zeigen.

Wir bitten unsere Mitglieder, die ihnen bekannten italienischen Kameraden auf den „L'Operaio Italiano“ aufmerksam zu machen. Die Zeitung ist durch die Zahlstellenverwaltung bei der Hauptverwaltung unseres Verbandes zu bestellen.



Aus dem Kreise der Kameraden

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sammelt für die englischen Bergarbeiter!

Kamerad W. aus Weederwerth schreibt uns: Die Notwendigkeit, für die englischen Kameraden Geldsammlungen zu veranstalten, wird wohl von allen Kameraden eingesehen, nur über das Wie ist man sich nicht einig. Der eine bevorzugt die Hausammlungen, der andere die Sammlungen im Betrieb. Bei Hausammlungen hat man mit dem Widerstand der Frauen zu rechnen, die auch den schlagendsten Vernunftgründen nicht zugänglich sind. Ist ist der Ertrag einer Hausammlung nicht der augenblicklichen Mühe wert. Dagegen ist bei einer Betriebsammlung, vorgenommen an einem Sonntag, bedeutend eher die Möglichkeit gegeben, eine anständige Summe Geldes zu sammeln, insbesondere wenn die Sammlung durch die Belegschaft bekannte Kameraden, am besten durch den Betriebsrat, vorgenommen werden. Es wird aber in den meisten Fällen unmöglich sein, die Zustimmung der Betriebsleitung zu dieser Sammlung im Betriebe zu erhalten. Am zweckmäßigsten erweist sich die Sammlung vor dem Zehentore, die aber ohne behördliche Genehmigung nicht durchgeführt werden kann. Um die Zustimmung der Behörde zu erlangen, wandten wir uns vom Betriebsrat der Schachtanlage Weederwerth an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, der uns unter dem 9. Juli folgende Antwort gab:

Da bei der beschriebenen Sammlung nur Belegschaftsmitglieder der Schachtanlage Weederwerth, also ein geschlossener, durch unmittelbare persönliche Beziehungen verbundener Personenkreis, umgegangen werden sollen, so liegt eine öffentliche Sammlung im Sinne der Bundesratsverordnung vom 15. 2. 1917 (RGBl. S. 143) und der hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen des Ministers des Innern vom 19. 2. 1917 nicht vor. Eine Genehmigung der Geldsammlung ist somit nicht erforderlich.

Auf Grund dieses Bescheides waren wir in der glücklichen Lage, unbehelligt von der Polizei die Sammlung vor dem Zehentore vornehmen zu können. Am Tage vor der Sammlung machten wir die Belegschaft noch durch Flugblätter auf die Sammlung aufmerksam. Der Erfolg war diesen geschickten Maßnahmen nicht verjagt. Brachte eine kurz vorher stattgefundene Hausammlung nur 30 RM., so gelang es uns, durch die Betriebsammlung rund 250 RM. anzubringen.

Gute Scheinstaubmaschinen.

Vom Betriebsrat der Zeche Prinz-Regent wird uns geschrieben: Die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der Beschaffung von Scheinstaubmaschinen. Das ist zweifellos ein Problem, welches die größte Bedeutung erfordert. Sind es doch keine Seltenheiten, daß 30 bis 40-jährige Scheinstaubmaschinen infolge ihrer Scheinstaubblende vollständig unbrauchbar werden. Wegen dieses Leidens sterben viele Kameraden im besten Mannesalter.

Eine ganze Reihe von Jahren haben schon auch sich heraus Scheinstaubmaschinen angeschafft, und zwar auf Anregung der Betriebsräte. Auch auf der Zeche Prinz-Regent, zu den Vereinigten

Stahlwerken gehörend, hatte der Betriebsrat nach längerem Zögern die maßgebenden Herren von der Verwaltung bewogen, Scheinstaubmaschinen anzuschaffen und als Ersatzstücke an die Scheinstaubhauer und Streuer abzugeben. Von der Verwaltung wurden zehn Scheinstaubmaschinen probeweise bestellt. Es war aber ein vollständig unbrauchbares System. Zwei durchlöcherter Scheinstaubmaschinen mit zwischenliegendem Wattenbausch verbedeten Mund und Nase. Die Augen wurden durch Gläser geschützt. Siebe und Augengläser wurden von einem das ganze Gesicht verbedenden Leber durch Riemchen zusammengehalten. Die Maske war deshalb unbrauchbar, weil die Augengläser nach ganz kurzer Arbeitsdauer durch die Atmungsabdrücke vollständig beschlagen waren und man nichts mehr sehen konnte. Die Ohren wurden durch Leber verbedet, was eine Verständigung untereinander unmöglich machte. Auch die Abkühlung der Atmungsorgane war mangelhaft. Es war mit diesem System nach Urteil der Kameraden nichts anzufangen. Sämtliche Masken wurden sofort als unbrauchbar wieder abgegeben. Der Betriebsrat sah sich nun veranlaßt, mit Genehmigung der Verwaltung selbst nach brauchbaren Masken sich umzusehen. Er verschaffte sich fünf verschiedene Scheinstaubmaschinen. Diese fünf Masken wurden der Reihe nach von einem Scheinstaubhauer abprobiert und die Urteile vom Betriebsrat notiert. Nach wochenlangen Versuchen stellte sich heraus, daß zwei Masken von einem Erfinder, Herrn Hans Böcke, Bedum i. W., von allen Kameraden, die die Maske gebraucht hatten, als sehr gut bezeichnet wurden. Die Masken, von Aluminium hergestellt, bedeckten vollständig luftdicht durch eine sinnreiche Konstruktion Mund und Nase. Die eine hatte seitlich je acht Siebe und war die gar nicht im Gebrauch gewesen, ohne daß eine Reinigung nötig gewesen wäre. Die Maske wurde von allen als die beste bezeichnet. Die zweite Maske wurde allgemein als gut gemeldet, trotzdem nach acht Sieben am unteren Teil der Maske sich befanden. Hier bestanden aber die Möglichkeit, daß die Feuchtigkeit sich nach unten in die Siebe zieht und eine Reinigung während der Schicht notwendig wird. Jedoch ist auch die Maske vier bis fünf Stunden ohne Reinigung gebrauchsfähig. Man kann nach unserer Erfahrung nur wünschen, daß die beiden letztgenannten Scheinstaubmaschinen recht schnell zur Einführung gelangen, zum Vorteil der Bergarbeiter. Sollten andere Betriebsräte bessere Vorschläge auf diese Gebiete machen können, dann bitten wir um Mitteilung an die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“.

Zur Berichtigung der Ber. Stahlwerke.

In der Antwort auf diese Berichtigung in Nr. 33 ist ein festschreibender Druckfehler unterlaufen, indem in der zweiten Zeile von 4 1/2 Uhr morgens gebrochen wird. Der Unfall passierte nachmittags. Der betreffende Steiger heißt nicht Schwem, sondern Schween.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Bezirkskonferenz für den linksrheinischen Braunkohlen- und Erzbergbau.

Nach langer Zeit nahmen am 1. August die Vertrauensleute und Knappschichtleiter unseres Kölner Bezirkes zu den sehr wichtigen Fragen der sozialen Gesehgebung und zu den sonstigen wirtschaftlichen Fragen Stellung.

Die Konferenz, welche aus allen Teilen des Bezirkes sehr gut besucht war, verhandelte zunächst über geschäftliche Sachen. Kamerad Schmidt ging dann auf die Abrechnungen der einzelnen Zahlstellen ein, wünschte mehr Pünktlichkeit in bezug auf die monatlichen Abrechnungen selbst und wies im besonderen auf die in der letzten Zeit von der Bezirksleitung vorgenommenen Revisionen in den Zahlstellen hin. Dabei sei festgestellt worden, daß große Rückstände an Beiträgen in den einzelnen Zahlstellen bestehen und daß es Aufgabe der Ortsverwaltungen sein müßte, dafür zu sorgen, daß diese Rückstände beseitigt würden. Ein Antrag auf regelmäßige vierteljährliche Revision wurde von der Konferenz angenommen.

Kamerad Schmidt referierte über das neue Knappschichtgesetz. Zum Schluß des Referats, das wir inhaltlich nicht wiederzugeben brauchen, da wir ausführlich über das Gesetz berichtet haben, bemerkte Kamerad Schumann: Die Beiträge seien für die Bergarbeiter bei den heute bestehenden Löhnen fast untragbar. Im Braunkohlenrevier ist die Tatsache zu verzeichnen, daß bald ein Wochenlohn für die Beiträge der sozialen Versicherung geopfert werden muß. Sollen jedoch die Beiträge der Invaliden, Witwen und Waisen gesichert werden, müssen die festgesetzten Beiträge gekürzt werden. Nur das Reichsknappschichtgesetz gibt uns die Sicherheit, daß für alle Bezugsberechtigten die Bezüge sichergestellt werden können.

In der Diskussion brachten die Kameraden zum Ausdruck, daß bei den gegenwärtigen Löhnen die Beiträge zur sozialen Versicherung bald untragbar seien. Es komme noch die Steigerung der Preise für Lebensbedürfnisse in Frage. Von den Organisationen müsse unter allen Umständen verhindert werden, einen Ausweg gleich durch eine Lohnsteigerung herbeizuführen.

Ueber die Beschlüsse der Saarbrücker Generalversammlung berichtete Kamerad Schneider (Frechen). Er ging in besonderer auf die Neugestaltung unserer Satzung ein. Wenn von dem Bezirk Köln bisher immer der Grundrat aufgestellt worden sei, ein Stundenlohn als Wochenbeitrag, so müsse festgestellt werden, daß dieser Grundrat auf der Generalversammlung nicht zum Durchbruch gekommen sei. Einmal mit Majorität gefasste Beschlüsse müssen jedoch auch von uns eingehalten werden. Eine Diskussion über diesen Punkt fand nicht statt.

Liebeswerben der Lachener Berggewaltigen um die jungen Ruhrbergarbeiter.

Durch die Zeitungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks läuft gegenwärtig folgende Notiz:

„Im westfälischen Teil des Ruhrgebietes werden gegenwärtig junge, unverheiratete Bergarbeiter angeworben zur Ueberriedlung nach Schwelmer bei Lachen. Wie es heißt, wird dort eine neue Zeche in Betrieb genommen, auf der nach und nach 1000 Arbeiter eingestellt werden sollen.“

Tatsache ist, daß nicht nur gegenwärtig, sondern schon seit dem Jahre 1924 Bergarbeiter für den Lachener Steinkohlenbergbau angeworben werden. Im Laufe der Zeit sind schon recht ansehnliche Mengen transportiert nach hier vor sich gegangen. Um Grund dessen nutzte das Lachener Revier schon von Bergarbeitern überfüllt sein, in Wirklichkeit aber wird man unter allerhand Vorwänden immer neue Transporte vorwiegend junger Bergarbeiter an, die, sobald sie die Segnungen des Lachener Bergbaues genossen haben, zu 99 Prozent wieder verschwinden. Das Anwerben der Ruhrbergleute für den G. B. M. scheint, weil die vorzüglichen Einrichtungen des G. B. M., besonders das Strafwesen und Gehilgenwesen, schon allzu bekannt sind, nicht mehr so recht zu ziehen, darum wird man jetzt für eine „neue“ Schachtanlage in Schwelmer. Diese „neue“ Schachtanlage kann nur die alte Grube Schwelmer-Mejerbe in N. H. berg sein, die man schon wiederholt stilllegen wollte, die aber jetzt eine neue Kokeranlage gebaut hat. Auf dieser Grube, wo ein alter, reaktionärer Betriebsführer, der schon längst nicht mehr in die heutige Zeit paßt, sein verrostetes Räder in besonders brutaler Weise schwingt, ist die Fluktuation am stärksten. Wie gut ist es, daß wir nicht mehr in den Zeiten der Galerienfluten und -strahlungen leben, sonst würde man zweifellos zu den damaligen Mitteln greifen und die Bergarbeiter in der Grube an die Wägen anketten. Warum ist die Fluktuation aber auch auf den übrigen Zechen so stark? Warum bleiben die Ruhrbergleute nicht hier im Revier?

Weil die Schichtlöhne allgemein um 1 RM. unter denen an der Ruhr stehen. Von 24 Industriegruppen des Lachener Reviers zieht der Bergmann in seinen Lohnbezügen an achtzehnter Stelle, trotzdem er höhere Soziallasten zu tragen hat, wie alle anderen Arbeiter.

Weil die Zustände auf den Gruben und die Arbeitsbedingungen miserabel sind und das Antreibesystem in seiner ganzen nackten

Rückwärtslosigkeit brutale Organe feiert, das Strafwesen in höchster Blüte steht, Geldstrafen von 5, 10, ja 15 und mehr Mark im Monat, womit einzelne Arbeiter in den allermeisten Fällen zu Unrecht bestraft werden, sind an der Tagesordnung. Die Korruption stinkt zum Himmel.

Und da wundern sich die Herren Generaldirektoren, daß sie keine Leute halten können und immer wieder angeworben sind, neue werden zu lassen!

Schafft andere, bessere, menschenwürdigere Verhältnisse, dann haltet ihr auch die Leute!

Fort mit der 8 1/2 stündigen Schicht, die keine Berechtigung hat! Fort mit dieser verwerflichen Lohnpolitik, die den Bergmann des Nachener Reviers zum Vermittler und Ausgebeuteten innerhalb der Arbeitererschaft macht! Stellt den Nachener Bergmann in bezug auf Lohn und Arbeitszeit mit den Ruhrbergarbeitern gleich, dann braucht ihr keine Werber, keine Menschenhändler mehr ins Land zu schicken, dann kommen die arbeitssuchenden Bergarbeiter nicht nur von selbst, sondern sie bleiben auch im Revier!

Hannover, Braunschweig, Hessen, Lippe.

Die Einheitsfront-Apokalypse.

Kürzlich wurde von kommunistischer Seite vor dem Bechtendorfer Werke W o n d e r e r in Thüringen eine anonyme Sudelschrift, betitelt: „Der rote Berggeist“, verteilt. Die Aufmachung und ihr geistiger Inhalt kennzeichnet sich am besten durch folgenden Aufdruck: „Redaktion: soeben verduftet! Druck: Direktionsgebäude“. Dieser hätte es heißen: „Feige und erbärmlich!“ Zeigt sich doch hier so recht ihr revolutionärer Geist und daß diese Burschen zu feige sind, die Anwürfe mit ihrem Namen zu decken.

Während man auf der einen Seite dieser Schrift zur Solidarität und Sammlung für die englische Bergarbeiterschaft auffordert, beschneidet man auf der anderen Seite keine eigenen Klagen. Daß man dabei sich selbst kriecht, kommt diesen blöden Gesellen gar nicht zum Bewußtsein. „Werde den andern mit Not, etwas bleibt sicher hängen!“ Nach dieser Devise beschneidet man sich auch mit meiner Veriron, zumal ich Vertrauensmann der Zahlstelle Thüringshausen des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands bin.

In der Sudelschrift macht man mir Vorwürfe, daß ich bei Notstandsarbeiten von 6 bis 6 Uhr in der Grube geschäftig habe. Selbst aber erklärt man der Direktion als kommunistischer Betriebsrat, daß die Notstandsarbeiten verrichtet werden müssen, und tut das selbe. Dem Urheber dieser Schrift, welcher mit ein buntes Köstchen gönnt, rufe ich zu: „Was ich denk und tu, trau ich andern zu!“ Man findet es befremdend, daß nur ganze 10 Mk. für die englischen Bergarbeiter von der Belegschaft aufgebracht wurden, selbst hat man aber dafür nur 30 Pf. übrig. Ihr selbst seid diejenigen, welche den Solidaritätsgedanken in der Belegschaft unterbinden. Wenn man mir vorwirft, für Schwarz-Not-Gold einzutreten, so sage ich dem Schreiber dieser Sudel, daß es für einen klauenbesessenen Arbeiter ehrenvoller ist, für Schwarz-Not-Gold und damit für die Freiheit der Arbeiter einzutreten, als sich ganz rot zu gebärden und sich bei der Direktion wegen einer Unfertigung die Haden abzurennen und sie anzunehmen.

Kameraden! Euch rufe ich zu: Kehrt euch ab von diesen feigen Gesellen, die nicht den Mut haben, mit offenem Biss zu kämpfen, die vorgeben, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu wollen und der Reaktion Vorstoß leisten. Gebt den Verfasser dieser Sudelschrift die rechte Antwort, indem ihr euch fest im Bergarbeiterverband zusammenschließt, um für die Verbesserung eurer Lebenslage zu kämpfen. Franz Wittvogel, Vertrauensmann der Bezugs-Möncheberg, Thüringshausen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Bravo! Nachts nach!

Die Kameraden der Zahlstelle Prestewitz gewannen durch Propaganda an einem Tage 48 neue Mitglieder!

Knappenspekt.

Am 1. August hatten die Mitglieder des Knappenvereins der Zahlgewerkschaft W i t t e r s h a l l (Werratal) einen „großen“ Tag. Ein Knappenspekt wurde gefeiert. Bier- und Bratwurstmärkte gab es in Hülle und Fülle. Der Alkohol floß in Strömen. Berggeister waren des Tages Sorgen. Die Werksbeamten sorgten für die notwendige Stimmung. Raketen wurden abgefeuert und die abgefeuert, bleichen Kumpelgesichter sah man in Rot- und Grünleuchtungen. Fragen muß man sich, woher die Hunderte von Mark kommen, welche das Fest verschlingen hat! Bei einem monatlichen Vereinsbeitrag von 20 Pf. können diese Summen unendlich aufgebracht werden. Vielleicht ist Herr Direktor M e y e r so liebenswürdig und beantwortet diese Frage. Tief bedauernd ist es für die Knappenvereiner, daß sie für ein paar Glas Bier ihr Seelenheil verkaufen. Merken denn diese irreführenden Arbeiter nicht, daß die gelben Knappenvereine ein Mittel zum Zweck sind? Von euren wirklichen Zielen sollt ihr Kumpels abgelenkt werden. Euch einen auskömmlichen Lohn zu zahlen hat man kein Geld. Muß denn nicht jeder Wenig Lohn durch die Verbände den Arbeitgeber abgerungen werden? Wo bleibt da die vielgenannte Arbeiterfreundlichkeit? Bei jeder Lohnzahlung wird geschimpft und geschluchzt. Die paar Pfennige Lohn reichen nicht zum Leben aus. Not und Elend herrschen in euren Familien. Das Kumpelspekt steht in voller Blüte. Die Förderleistungen werden höher und höher geschraubt. Und das Gedinge? Wird das auch so hoch geschraubt? Schließt man mit euch überhaupt ein Gedinge ab? Führt ihr Knappenvereiner denn nicht, wie unwürdig euer Verhalten gegenüber den organisierten Arbeitern ist? Diese kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Und ihr? Ihr verkauft euch für ein paar Glas Bier. Euer Elend heißt ihr vergrößern. Laßt ab von diesen gelben Kumpelspekt! Seid keine Schmarotzer und Speichellecker, sondern freie Männer! Kämpft Seite an Seite mit euren organisierten Kameraden für eine bessere Zukunft!

Konferenz der Verbandsfunktionäre für den Bezirk Zeitz.

Der Bergarbeiterverband hatte am Sonntag, den 8. August, seine Funktionäre des Zeitzer Bezirks zu einer Konferenz zusammenberufen, um Aufklärung über das am 28. Juni d. J. verabschiedete neue Knappenspekt zu schaffen. Als Referent war Kamerad B e r e r (Dorbern), Mitglied des Reichstags, gewonnen, da er als Berichterstatter des Gesetzes im Sozialpolitischen Ausschuss sowie im Plenum des Reichstags ein genauer Kenner der Materie ist. Die Konferenz war von rund 200 Funktionären besucht, die den Ausführungen des Redners in aufmerksamer Weise folgten. Aus dem Referat des Kameraden B e r e r ist zu entnehmen: Die Kenntnis der Arbeiter über ihre Sozialversicherung läßt sich sehr viel zu wünschen übrig. Es ist deshalb dringend notwendig, daß alle Funktionäre in Belegschaftsversammlungen oder von Mund zu Mund Aufklärung schaffen, damit jeder einzelne Bergarbeiter so viel Kenntnis von seiner Sozialversicherung erlangt, um den Solidaritätsgedanken erfassen zu können, auf dem die gesamte Sozialversicherung überhaupt aufgebaut ist. Redner gab dann einen kurzen Überblick über die Knappenspektverhältnisse bis zum Inkrafttreten des Reichsknappenspektgesetzes vom 1. Januar 1924 und besprach dann in klarer Weise das neue Gesetz. Er schilderte die Kämpfe, die im Ausschuss und im Reichstag geführt wurden, und erläuterte das Gesetz, seine Vor- und Nachteile im einzelnen. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß bei der Verabschiedung des neuen Gesetzes zu beachten sei, daß die Novelle zur Änderung des alten Gesetzes auf Drängen der Arbeitgeber eingeleitet wurde mit dem Ziel, wesentliche Verschlechterungen durchzuführen. Bei objektiver Beurteilung muß zugegeben werden, daß dieses Ziel nicht erreicht worden ist, wenn auch kleine Verschlechterungen nicht abgewehrt werden konnten. Wir haben es in der Zukunft in der Hand, die Sozialversicherung des Bergarbeiters zu gestalten, daß ihm nach Verbrauch seiner Arbeitskraft noch ein menschenwürdiger Lebensabend beschieden wird. Dazu gehört vor allen Dingen ein festerer Zusammenhalt der

Bergarbeiter, als er heute zu verzeichnen ist. Die Lauen und Indifferenten müssen aufgerüttelt werden, damit sie sich den Reihen ihrer kämpfenden Arbeitsbrüder wieder anschließen, um so an der Lösung der gesellschaftlichen Aufgabe mitzuwirken, die der Arbeiterschaft im allgemeinen gestellt ist.

Auf eine Diskussion des beifällig aufgenommenen Vortrages wurde verzichtet. Dagegen wurde durch Fragestellung von den einzelnen Konferenzteilnehmern um Auskunft über Fragen gebeten, über welche noch Unklarheit bestand. Kamerad B e r e r konnte infolgedessen auf das Schlußwort verzichten, nachdem die an ihn gestellten Fragen ihre Erledigung gefunden hatten.

Zur einstimmigen Annahme gelangte dann folgende

Entscheidung:

„Die Verabschiedung der Novelle zum Reichsknappenspektgesetz durch den Reichstag beweist erneut, daß die Zerstückelung der deutschen Sozialgesetzgebung für die Dauer unhaltbar ist. Deshalb fordert die Konferenz die grundsätzliche Vereinheitlichung des Sozialversicherungswesens in einer Arbeiterversicherung, die jedem Kranken und Invaliden, jeder Witwe und Waise die Lebensgrundlage sichert. Diese Vereinheitlichung verbilligt den Verwaltungsapparat und läßt damit ohne Steigerung der Beiträge die Zahlung höherer Renten und Krankengelder zu.“

Für den zukünftigen Kampf um die Ausgestaltung des Knappenspektgesetzes sind folgende Richtlinien zugrunde gelegt:

- 1. Keinerlei Kürzung der Renten.
2. Einführung der Familienhilfe mit völlig freier ärztlicher Behandlung und Lieferung von Arzneien.
3. Die Bestimmung im § 36 des Reichsknappenspektgesetzes, welche die Gewährung der Pension an den Begriff der wesentlich bergmännischen Arbeit bindet, ist zu streichen.
4. Steigerung der Renten über 25 Dienstjahre hinaus bis zur Höhe von 80 Prozent des Durchschnittslohnes.
5. Keine getrennte Wahl der Arbeiter- und Angestelltenvertreter zu den Organen des Reichsknappenspektvereins.
6. Die Verwaltung der Knappenspektvereine ist in die Hände der Versicherungen zu legen.“

Einstimmig angenommen wurde ferner ein Antrag, daß jeder Konferenzteilnehmer 50 Pf. für die streikenden englischen Bergarbeiter abzuführen habe.

Zum Schluß gab Kamerad W e i d a r t das Resultat des Werbemonats Juni bekannt. Wenn eine Veränderung der Lohnverhältnisse sowie der Arbeitszeit im Bergbau erreicht werden soll, dann darf eine Erlahmung der Werbearbeit nicht eintreten. Nur wenn die Bergarbeiter eine geschlossene Einheit darstellen, werden sie ihre berechtigten Wünsche und Forderungen gegenüber den Arbeitgebern des Bergbaus durchsetzen können. Es soll deshalb im Monat September aus Anlaß des 25-jährigen Jubiläums der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine allgemeine Agitation entfaltet werden. Ueber deren Ausführung wird den Funktionären noch ein Zirkular zugehen.

Süddeutschland.

Aus dem Bezirk des Bergamtes Reichenberg.

Mit den Verhältnissen auf den Schachtanlagen, die obigem Bergamt unterstehen, mußten wir uns vor gar nicht langer Zeit noch beschäftigen. Auch heute sind wir gezwungen, die Deffektivität wieder auf die dortigen Verhältnisse aufmerksam zu machen, besonders auf die Tätigkeit des Herrn Meisters B e d e n b a u e r. Der Betriebsrat und das Betriebsrätegesetz bestehen für diesen Herrn einfach nicht. Im Bestrafen der Arbeiter vollbringt er Leistungen, wie sie wohl kaum noch auf einer anderen Grube vorkommen. Besonders wegen Minderfüllung der Hunde werden die Arbeiter in der rigorvollsten Weise bestraft. Herr Bedenbauer fragt nicht danach, wie weit der Weg ist, den dieser oder jener zurücklegen muß. Kommt ein Kohlenhund ein Zentimeter unter dem Rande gefüllt heraus, dann steht es einfach Strafen ab, und zwar das erstmal 50 Pf., das zweitemal 1 Mk., das drittemal 2 Mk. Durch Befanntmachung wurde den Arbeitern gedroht, daß diejenigen zur Entlassung kommen, die nach der dritten Strafe noch mindergefüllte Hunde (ein Zentimeter unter dem Rande) herausbringen. Da man die Förderer und Bauer bestraft, gehen die Förderer dazu über, die Hunde zu überladen, und zwar so, daß die Kohlen in den Streifen herunterfallen, wodurch sich große Mengen von Kohlenstaub anwammeln, die zur gegebenen Zeit ihre Wirkung ausüben werden. Das Ueberladen der Hunde bringt auch noch andere Unfallgefahren mit sich, wie Fingeramputationen usw.

Wir eruchen die Bergbehörde, hier einmal nach dem Rechten zu sehen, denn es nützt nichts, wenn das Oberbergamt den Arbeitern Vorträge über Unfallgefahren hält und die Grubenverwaltungen erlöhen auf der anderen Seite durch Anordnungen und Bestrafen der Arbeiter die Unfallgefahr. Sollen die Unfälle im Bergbau herabgemindert werden, dann muß die Bergbehörde gegen derartige Anordnungen einschreiten. Wir haben das letztemal schon festgestellt, daß der Herr Meister auch sonst im Umgang mit Menschen viel zu wüßig übrig läßt, besonders soweit es die Arbeiter betrifft. So äußerte er sich erst kürzlich, die Nachtschicht bestehe zur Hälfte aus Invaliden und die andere Hälfte seien Faulenzer. Nach solchen Ausprüchen sollte man meinen, der Herr Meister habe in seiner praktischen Tätigkeit ganz besondere große Leistungen vollbracht und den Platz der Gezagtheit nicht gekannt. Es ist nur jammer schade, daß ein so tüchtiger Arbeiter Beamter wurde. Es wäre ein Segen für das Werk, wenn der Herr zu Fasel und Schaufel greifen würde, weil dadurch mindestens die eine Hälfte der Nachtschicht entlassen werden und das Werk damit einen großen Teil der Arbeitslöhne ersparen könnte. Wir möchten dem Herrn Meister den wohlmeinenden Rat geben, den Hagen nicht zu überpannen, weil es sonst passieren könnte, daß der Pfeil auf ihn zurückprallt.

Bücher und Schriften.

Die Vereinigten Staaten von Europa.

Von W. W o j t i n s k i. Verlag: J. S. W. Dieck Nachf., Berlin. Das individualistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem entwickelt sich immer mehr zu einer Fessel der Menschheit. Unmählich dringt auch die Tatsache, daß der Kapitalismus nicht das Glück aller bedeutet, in immer weitere Kreise. Man sucht nach Abhilfe. Die einen leben in der Einsigung autonomer Körperschaften, ähnlich den Syndikaten, die sich aber in ihren Entscheidungen lediglich vom Allgemeinwohl leiten lassen sollen, die Rettung Europas, während andere die Idee einer europäischen Zollunion und im weiteren Verlauf die Idee eines Pan-Europa vertreten. Beide haben das eine gemeinsam, daß sie an der Notwendigkeit der Umwandlung des kapitalistischen Wirtschaftssystems in ein sozialistisches vorbegehen.

In den letzten Jahren stellte gerade die Idee des Pan-Europa immer häufiger die öffentliche Meinung und hat auch schon eine ganze Literatur hervorgerufen. Eines der letzten Veröffentlichungen ist das Buch von Wladimir W o j t i n s k i: „Die Vereinigten Staaten von Europa“. Das Eingehen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die eine Umänderung der Organisation der europäischen Wirtschaft erheischen, macht das Buch wertvoll. Zwei Faktoren sind es hauptsächlich, die die mögliche Wirtschaftslage, die Entthronung Europas herbeiführt haben: die Veränderung der Rohstoffbasis, das Aufkommen neuer Elemente in der Weltwirtschaft und Protektionismus.

Die wirtschaftliche Normdarstellung der europäischen Staaten beruht in der Vorkriegszeit im wesentlichen auf der Bedeutung der Kohle für den allgemeinen Produktionsprozeß. Ihr verdankt das britische Imperium seine Weltmachtstellung und Deutschland seinen rapiden wirtschaftlichen Aufschwung. Um die Jahrhundertwende erstanden nun der Kohle im Geleite des Kapitals und der zunehmenden Ausnützung der Wasserkräfte zur Erzeugung von Elektrizität gefährliche Konkurrenten. Bis zum Jahre 1913 hing die Gewinnung des Teles in gleichem Verhältnis wie die Produktion der Kohle. Dann aber löste sich das Erdöl von dem allgemeinen Kanäl der fossilen Brennstoffe und stieg in seiner Kurve aufwärts. Der Krieg lehrte den Völkern mit aller Deutlichkeit die Bedeutung des Teles kennen. Zumeilen sah es, als sei das

gynische Wort, daß ein Tropfen Blut gleich einem Tropfen Del sei, bittere Wahrheit. Heute erleben wir es, daß die Industrien, die auf dem Teles aufgebaut sind, prosperieren, während sich der Steinlohlenbergbau in einer latenten Krise befindet.

Der Krieg, der auf dem Weltmarkt grundlegende Veränderungen hervorgerufen hat, hat die schuppöfnerischen Bestrebungen der einzelnen Staaten gefördert. Die Ueberlebenskämpfe, während des Krieges von der Zukunft europäischer Waren abgeschrieben, haben sich gezwungen, diese im eigenen Lande herzustellen. Neue Fabriken entstanden. Die Industrialisierung der Kolonialländer nahm einen gewaltigen Aufschwung. Die Folge war, daß bei Beendigung des Krieges das Bestreben einsetzte, diese jungen Industrien gegenüber der mächtigeren europäischen Industrie zu schützen. Das Land umgab sich mit einem Schutzwall, der die Konkurrenzfähigkeit und die Abhängigkeit der europäischen Industrie einschränkte. Die größte Wandlung auf diesem Gebiete ging aber in Europa selbst vor sich. Neue Nationalstaaten entstanden. Mit den politischen Grenzen wurden auch neue Zollzonen aufgerichtet. Ein Wirtschaftsgebiet, das jahrhundertlang zusammengehörte, wurde durch den Friedensvertrag von St. Germain zerstückelt. Trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Staaten voneinander versuchte man, durch Protektionismus, d. h. durch den Schutz der Industrien durch hohen Zoll, unabhängig voneinander zu werden. Dadurch trat eine wesentliche Verschlechterung der Produktionsbedingungen ein und Amerika, dessen Industrie während des Krieges eine rapide Entwicklung durchgemacht hatte, kann den ersten Platz auf dem Weltmarkt behaupten. Es ist etwas Wichtiges daran, wenn behauptet wird, daß der Vorkriegsamerikas nicht nur in seinem natürlichen Reichtum, sondern auch in seiner Einheit (als Wirtschaftsgebiet) begründet liegt. Die Tatsache, daß die Produkte ungehindert, ohne eine Zollgrenze zu passieren, durch das ganze Land verhandelt werden können, trägt wesentlich zur Verbilligung der Produktion und zur Hebung der Konkurrenzfähigkeit bei. Und Europa? Schon ein Blick auf die von vielen Grenzen zerklüftete Landkarte zeigt, daß dem Güterverkehr dem dem Güterverkehr demnächst entgegengekehrt werden, die sich in dem Breite und damit in der Konkurrenzfähigkeit des Produkts negativ auswirken müssen.

„Europa ist in eine schwere Phase seiner Geschichte eingetreten. Eine Frage auf Leben und Tod wird die Erhaltung seiner Stellung in der Weltwirtschaft.“ Und diese muß es erhalten, um seine auf engem Raum zusammengedrängte Bevölkerung ernähren zu können. Die Schaffung von Wirtschaftsgebieten, die über die politischen Grenzen hinausragen, mit dem Ziele einer Zollermäßigung, um durch die Verbilligung der Produktion zu einer Belebung der Wirtschaft zu gelangen, ist eine dringende Notwendigkeit. Ob es zu einem Pan-Europa kommen wird, hängt davon ab, ob die nationalen Gegensätze der einzelnen Staaten und der noch größere, teilweise in wirtschaftlichen Verhältnissen begründete liegende Gegensatz zwischen Rußland und England zurückgedämmt werden können. W o j t i n s k i hält diesen Weg schon aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus für gangbar. Die Geschichte aber zeigt, daß der Gang der Entwicklung oft durch Unvorhergesehenes in empfindlicher Weise gestört worden ist. Und diese Unvorhergesehenheiten schätzt W o j t i n s k i.

Soziale Bauwirtschaft.

Monatlich 2 Hefte. Bezugsgebühr für Gewerkschafter monatl. 50 Pf.

Die Zeitschrift der von den Gewerkschaften ins Leben gerufenen deutschen Bauhüttenbewegung enthält in ihrer Nummer 14 einen Aufsatz von Prof. Franz über die Erziehung zum Architekten. In der Klauen, durch Bilderbeigaben unterrichteten Darstellung werden die Arbeiten zweier Künstler einander gegenübergestellt, um die Entwicklungslinie in der Architektur zu zeigen. Nummer 15 enthält einen ausführlichen Bericht über den ostdeutschen Bauhütten-tag sowie zwei auf ihm gehaltene Vorträge von Ingenieur Rode und dem Bauhüttengehilfenführer Jaeger, die eine rationale Bauwirtschaft betreffen. In beiden Nummern werden auch die neuerdings wieder zunehmenden ungerechtfertigten Angriffe der privaten Bauunternehmer kritisch auf ihren wahren Wert zurückgeführt. In den aufgeführten Fällen haben sich die Angreifer nicht geschaut, den Bauhütten Vorwurfsstoffe zur Last zu legen, die die Privatunternehmer betreffen, nur um die Bauhütten in der Deffektivität herabzusetzen. Dazu kommt in Nummer 14 ein interessanter Bericht über die Baugilden in Palästina und in Nr. 15 die Beschäftigtenstatistik der deutschen Bauhütten, nach der im Monat Juni 1926 in 170 Betrieben 18 988 Arbeiter und Angestellte tätig waren, mithin je Betrieb 115. Der übrige Inhalt leuchtet in den Zirkeln der heutigen Wirtschaftsordnung.

Neulandhändler 1927.

Neuland-Verlag G. m. b. H., Hamburg 30. 80 Seiten. 30 Pf. Der gut ausgestattete Guttemplerfalterer vertritt in recht eindringlicher Form die Sache der Abstinenz vom Standpunkt des Guttemplerordens.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 34. Woche (vom 15. bis 21. August) fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge bejorgt zu sein.

Auf Grund der §§ 6 und 7 des Statuts und der Beschlüsse der Generalversammlungen in Gießen und Dresden werden folgende Kameraden aus unserem Verbands ausgeschlossen: August Kurz (S.-Nr. 149 384), Zahlstelle Jern II, Karl Leue (S.-Nr. 5130), Zahlstelle Datteln, Adolf Jacher (S.-Nr. 1 217 086), Wilh. Mehen (S.-Nr. 1 217 126) und Fridolin Jakob (S.-Nr. 1 217 440), Zahlstelle Effen.

Jubiläumstafel. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Tafel auf Beschluß der Generalversammlung nicht mehr in unserer „Bergarbeiter-Zeitung“ erscheint.

Zur Beachtung! Schon jetzt weisen wir darauf hin, daß der Bezugspreis für unsere „Bergarbeiter-Zeitung“ ab 1. Oktober 1926 erhöht wird, und zwar für Privatabonnenten auf 1 Mk. und für Postabonnenten auf 1,20 Mk. monatlich.

Zur Beachtung! Die von uns herausgegebenen Broschüren „Reichsknappenspektgesetz“ und „Erläuterungen zum Reichsknappenspektgesetz“ haben einen über alle Erwartungen schnellen Absatz gefunden. Die erste Auflage ist schon restlos vergriffen. Wir befinden uns bereits vor einem Neudruck. Alle Besteller, deren Aufträge bisher noch nicht ausgeführt wurden, bitten wir um einige Tage Geduld. Für schnellste Lieferung bleiben wir bejorgt. Der Verlag.

Kranzpendenmarkt.

Vertlich. Laut Beschluß der Zahlstellenversammlung muß jedes Mitglied im Monat August eine Kranzpendenmarke kleben.

Schluß des redaktionellen Teils.

Kindermund.

„So, Kinder“, spricht der Lehrer, „die Bedeutung für Volk und Land, fürs Dorf und für die Stadt, die eine Zeitschrift, wie auch eine Zeitung in heutiger Zeit doch unbekannt hat. Erklärte ich euch nun in kurzen Zügen; Jetzt sagt noch ihr mir, was ihr denkt! Daß ihr von euch aus etwas anzufügen. Warum der Zeitung man Beachtung schenkt?“ — Und Lieschen tät den Finger schnell erheben: „Die Mutter sagt, die Zeitung, die sie hält, hab' ihr schon manden feinen Wert gegeben, Dort liest sie fets, wie Letter-Bielefeld So guten Rat erteilt für ledre Sachen, Die billig sind und nahrhaft und gesund. Und die Rezepte sind so leicht zu machen. — Auch das tut uns die Zeitung immer kund!“ W. H.



MAGGI Fleischbrühwürfel

sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. — Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.



Aufsehen erregende Neuheit!
Rote Rielen-Ananas „Triumph“
die größte Erdbeere der Welt, die Kaiserin der Erdbeerfelder Frucht erlangt 18 cm Umfang, enorm fruchtbar.
10 Stück M. 1.20
100 Stück M. 10.—
1000 Stück M. 80.—
Herrliches Aroma
Farbe: leuchtend rot
Uko Boelken
Langenfeld-Rhd. 14
Herbstpreisliste gratis und franko

Die ideale Bettfüllung
echt chinesis. (ges. gesch.)
Monopoldaunen
per Pfd. M. 8.50
3-4 Pfd. zum Oberbett.
Verd. geg. Vereinsag.
d. Betr. u. Postsch.
konto Berlin 25140 od.
per Nachn. Proben u.
Preisliste portofrei.
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig
Berlin 1, Prinzenstr. 46
Großes Bettfed.-u. Bettw.-
Sp.-Gesch. Dtschl.

Mein Schaf, mein Kleid!
Schafwolle
verarbeitet billig zu
Herren- u. Damenstoff,
Decken u. Strickgarn.
Tuchfabrik Vocke,
Bismarckstr. 82, Münster frei

Kugelhäse
2 rote Kugeln = 9 Pfd.
4,15 M. Vollkat. Fett-
käse (10%) i. Staniol
9 Pfd. 5,40 M. ab hier
unter Nachnahme.
Rudolf Föhler
Hortorf i. S. Nr. 75.

Gute Taschenuhr, bern., nur 2,75 Mk.

Nr. 4. Herren-Winter-Memontouruhr, verfilbert mit Goldbraun, Schärnier, wasserdicht, Nr. 5. Nr. 5, Diefelbe, mit best. Werk, Nr. 5.50. Nr. 6. Sprung-
deckeluhr, 3 Wechsel, vergolbet, hochrein, Schweiz. Werk, Nr. 10.50. Nr. 7. Damen-Winter-Memontouruhr, edel verfilbert mit Goldbraun, Nr. 3.50. Nr. 8. Winter-
handuhr, mit gutem Schweizerwerk, Nr. 5.50. Uhr-
fette, vernickelt, Nr. 4.40. Savalierkette, edel
vergoldet, Nr. 1.40. Jede Uhr hat 3-jähriges, genau
reguliertes Werk mit voller Garantie für ein Jahr.
Jahrespreisliste gratis! Versand geg. Nachnahme.
Uhrenhaus

Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3

Gehe gern das einfache, gültige, unfehl-
liche und sicher helfende Mittel bekannt, welches
schon vor 3 Jahren in 2 Tagen jahreslang
von meinen
Gallensteinen befreite.
Stoa Salweyer, Köln, Bonner Str. 78 B.



„Bermeit Nr. 1“
ist ein neuer Erfolg der Wissenschaft.
Es ist das absolut wirksamste, radioaktive
Mittel gegen alle Stoffwechsel- und
Blutkrankheiten wie Gicht, Rheumatis-
mus, Gallen- Nieren- und Blasenleiden,
Fremdenleiden, Fleischsucht usw. Selbst
hoffnungslose Fälle werden geheilt.
Packung für 6 Wochen 4,50 Mk. frei
Haus. Stichprobe liegt bei oder auf
Bausch kostenlos.

Chem.-pharm. Laboratorium
Werkh. v. München (Ober-2.)

J A H R
DAS VERANDERTE DEUTSCHLANDS
VORZUGSPREIS
FÜR MITGLIEDER 2,00 MK.
PREIS
FÜR ANDERE 4,00 MK.
400 IN BUCHHANDEL 4,00 MK.
ZU BEZIEHEN DURCH DIE BUCHHANDLUNG
H. BANGMANN & CO., BOCHUM I. W.
WICKELHAUSER STRASSE 80-82

BUCH 1925

Käse
postfrei ins Haus!
Gustav Westphal,
Münster 42

Bohrros-Fahrräder
3 Jahre Garantie!
Direkt ab Fabrik an Jedermann!
4. Anzahlung bei Versand,
Rest in 6 monatlichen Raten.
Sprech- und Nähmaschinen
Katalog gratis und franko.
Fahrradlampen
Messing vernickelt,
mit Linse
Nr. 49A Torpedo-
form 19 cm hoch
12-M. 4,90
Nr. 49B Dieselbe Lampe 17 cm h.
12-M. 5,50
Versand per Nachnahme franko.
Red. Böhm & Co., 97, Bismarckstr. 11, Hild.

Blüten-Honig
(garantiert rein).
Gesund, brotbackend,
Nährhaft und wohl-
schmeckend. Vorbe-
ugungsmittel geg. Ver-
dauungsbeschwerden
und Halskrankheiten
besonders für Kinder.
Rote Bechen, lester
Schlaf, kein Husten.
10-Pfd.-Eimer, franko,
Nachnahme Mk. 11.—
Zurücknahme garant.
Heidehof Brack Nr. 12
Post-Seltzer (Lüneb. H.)

Junghühner
1926er Junghühner,
keine Eierleger, ge-
sundgemästet, 13,50.
Bismarckhühner Nr. 3,50
3 Stk. — Rassegehägel
gegen Gicht, Rheu-
matismus, Gicht, Tru-
schmerz, Wucher, Serj.
Preisliste frei.
Simons Geflügelhof,
Jüchen 12, Rheinlnd.

Käse
bietet an Schwabacher:
9 Pfd. Käse-Art 2,30
9 Pfd. Käse-Art 2,10
9 Pfd. Käse-Art 1,90
9 Pfd. Käse-Art 1,70
9 Pfd. Käse-Art 1,50
9 Pfd. Käse-Art 1,30
9 Pfd. Käse-Art 1,10
9 Pfd. Käse-Art 0,90
9 Pfd. Käse-Art 0,70
9 Pfd. Käse-Art 0,50
9 Pfd. Käse-Art 0,30
9 Pfd. Käse-Art 0,10
Wils. Muxfeldt
Merkort (Holst.) 134

Inserate
in der
Bergarbeiter-Zeitung
bringen guten
Erfolg!
Christian Voss,
Merkort (Holst.) 10

Selt Jahren ist es ein neues Leben
Gasten
**Ginseng-
auspflanzung**
mit Schuppenbildung, Rissen und Anfechtung
Lungen. Die dreimalige Anwendung dieser
35% igen „Bader's Patent-Residual-Extrakt“
hat in einer halben Woche das Selbst so
gründlich befreit, daß auch die natürlichste
weiche in der Natur vorkommende Nahrung
genau ausgetrieben hat. Baumrinde, 0,2
à 100 g. (15% ig), Wt. 1.— (25% ig)
und Wt. 1.60 (35% ig, körnige Form). Dazu
„Bader's Extrakt“ à 45, 65 u. 90 Pfg., in allen
Apotheken, Drogerien u. Parfumerien erhaltl. Wg.

**Billige böhmische
Bettfedern**
1 Stk. graue gefüllte,
Gm. 3.—, halbweiße 4.—
weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—
baumwollene 8.—, 10.—
beste Sorte 12.—, 14.— Gm.
Versand portofrei, zahlfrei gegen Nachnahme.
Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet
Benedikt Söhnel, Lobos 209
bei Biflen in Böhmen.

Fische
Allerfeinste, frische Fischmarinaden
Je 1 Dose Hollkopfs, ca. 9 Pfd.
Bismarckhering, Grab-
hering, Geleckerhering, ca. 4,90 Mk.
1 Bohnen neue engl. Matiesheringe ca.
9 Pfd. 5,15 Mk. Preisl. grat. Vertret. gef.
Eibe-Fischvertrieb Hamburg 37 H

Laubsägerei
Sämtliche
Hölzer, Werk-
zeuge,
Vorlagen usw.
Kehrschnitt Holzbrand
steuert
J. L. Hahn, Maxdorf 9 (Pfalz)
Preisliste gratis und franco.

**9 Pfund
Gollinischer Käse
für nur 5,95**
Der beste Nährwert u. der niedrigste Preis
der Stadt
Käse-Tiedke, Hamburg 1 P

Sie sparen bis 100%
Preisabfall für
Farm-Zigaretten
Ausw. aus den
überseeischen Tabaken hergestellt, Staat
10 Nr. 6 Pfg. 100 St. M. G. — 35 St. Ausnahmep-
preis nur M. 20.— portofrei gegen Nachn.
H. Uebersee-Rauchtabake v. 50 Pfg. p. Pfd.
an. Gar. — Zurückn. Preisliste unmaßl.
Gebr. Weckmann, Zig.-Fabriken, Hanau H.

Zum Schutze des Bergmanns!
Taschen-Inhalierapparat
Preis b. Voreinbarung Mk. 1.—, Vorkauf 20 Pf
mehr bei Mehrbezug billiger, bei rauher Witterung
verwendbar in t. Staub, Nässe, Zugwind, bei jeder
Arbeit, in jedem Berufe unentbehrlich mit sofortiger
Wirkung anwendbar. 10000fach bewährt, mehr-
fältig. Unverwundlich! 1-jährige Garantie für
Zukunft! Schöne, praktische Ausführung, leicht,
schwerfällig, leicht zu bedienen. Nicht vertretbar!
Versand direkt beim Alleinvertrieb:
F. X. Vogt, Vilsbiburg (Bayern).

Brills Tabak wird von Kennern bevorzugt!
Spezialität: Rolltabak.
Gebrüder Brill, Tabakfabrik,
Bilstein i. Westfalen.
Gegründet 1809.

la Eiderfettkäse
9 Pfd. = 6 Mk. franko
Sampffeldfabrik
Reudersburg i. Gollf.

Primo Tüfter Bonnetkäse
allerfeinste Sorte à Pfd. 1.— ab hier,
im Vorkauf gegen Nachnahme
**Etts Saller, Dampfzuckerfabrik, Röhren-
Saugwerke (H.P.) Kreis Tüft-Ragnit.**

Böhm. Bettfedern
doppelt gereinigt u. gar. handfrei be-
gebe. Eine von österreichischen Bienen aus
mit. Eine große Füllmenge 1,20 Mk., gefüllte
Federn weiß 3,20 Mk., la weißer Flaumkopf
3,50 Mk., Edamer Käse, gelber 4,50 Mk.,
3,50 Mk. & 3,50 Mk. Keine andere Füllmenge
möglich, 8,50 u. 12,50 Mk. Praktische fertig
gepackte Ober- und Unterbetten von 17 Mk.
an, fertige Betten im Werte von 5,00 Mk. an.
Wichtiges sowie gesamte Preisliste unmaßl. Täglich
Zurücknahme aus allen Berufen. Umtausch jeder-
zeit gestattet aber Geld zurück.
M. Mühlendorfer, Bettfedern-Versand
Siedmühle 33 (San. Natl. böhm. Grenze)

Noch nie dagewesen!
Kochgeschapparate
La Omas, pr. Schwaben,
Ecke G. 22-41/42, 30 cm
starkes Federwerk mit Ge-
schwindigkeitsverm.,
Klappbügel, wendbarer
Teufel, mit 200 Nadeln und
20 Nadeln Konzent-
rationsnadeln u. M. 18.
Viele Annehmlichkeiten. Verlangen Sie un-
sern Preis-Katalog! Unsere Apparate werden
in eigenen Werkstätten hergestellt und
geprüft. — Versand gegen Nachnahme.
Hausberg & Compagnie, Neuenrade 31 Westf.

la. Nappaledermütze
Gute Schatzung, Ansatz IV.
Bismarckstr.

Reine Gänsefedern
mit besten, reinen u. ungetriebenen Wt. 1,75
95 Wt. 12.— per Pfd. Muster und Preis-
liste gratis.
W. Barwick, Max-Treppin 17 (Oderbr.)
Görschstr.

**Bienen-
Schleuderhonig**
garantiert rein, nar-
türlich, wunderbar
würziges Aroma.
10 Pfund-Eimer 28.
18 70 Pfg. Nach-
nahme. Garantie
Zurücknahme.
**Struve,
Schwarzenbad**
bei Lötmos
(ab. Schwarzwalb).

Kugelhäse
2 rote Kugeln 9 Pfd.
M. 3,80 Nachn. Porto
u. Verpackung 1.— M.
Klüber & Co., Nortorf
Solltein.

5 Jahre zur Umfah
mit bedingungslos. Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen
liefern ich überallhin **Modell 1926** von
meinerstkl. Tourenrad
ganzem Aussehen, leichtem Lauf und zuverlässigster
Konstruktion. Ausgestattet mit Doppelschaltwerk, Innenlager (als
Schwiel) werden meine Räder kompl. geliebert mit Orig. „Tropfen-
Rota“-Freilauf mit Rücktrittbremse, erstklassiger prima Be-
rührung, „Continental“ oder „Dunlop“, bei angem. Anzahlung
gegen. bequeme Wochenzahlungen von nur Gold-Mark
einjähr. schriftliche Garantie, auch für Gummi. Lassen Sie sich sofort
Fahrrad kommen! Es ist für Sie ein Verdienst! Denn — was
Fahrgeld und Zeit ersparen, bringt es Ihnen ein. Die Anschaff-
ung ohne Kosten für Sie, wenn Sie Ersatzteile für die bequemste Rate
während der Fahrt verlangen Sie sofort illustrierten Prospekt gratis u.
Walter H. Garitz, Berlin S42, Postfach 8



So klein

ist ein Päckchen WRIGLEY P.K. KAU-BONBONS. Es lässt sich bequem in der Tasche unterbringen.
Stets willkommen zur Erfrischung von Mund und Atem, besonders nach dem Essen, Trinken und Rauchen.
Dauerndes angenehmes Aroma, appetit-anregend, Verdauung fördernd.
Von vielen Aerzten und Zahnärzten empfohlen!

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich
WRIGLEY
KAU-BONBONS
WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A. M.

**Qualitäts-
BETTEN**
oft die echte deutsche Herren-Memontouruhr Nr. 52, stark ver-
nickelt, 30-jähriges Werk, genau reguliert, nur 28.4
Nr. 53 Diefelbe mit Schärnier nur 28.4
Nr. 51 Dief, edel verfilbert, mit Goldbraun u. Schärnier nur 28.4
Nr. 55 Diefelbe mit bestem Werk nur 28.4
Nr. 58 mit Sprungbedel, ganz vergolbet nur 28.4
Nr. 59 Damenuhr, verfilbert, mit Goldbraun nur 28.4
Nr. 79 Dief, kleine Form, nur 28.4
Nr. 81 Diefelbe, edel Silber, nur 28.4
Nr. 10 Steine, nur 28.4
Nr. 47 Armbanduhr mit nur 28.4
Niemer nur 28.4
Nr. 44 Diefelbe mod. bieretige nur 28.4
Form, mit bestem Werk nur 28.4
Bester, la. Reisingwert nur 28.4
Metall-Uhrkapitel nur 28.4
Panzerkette, vernickelt, nur 28.4
edel verfilbert nur 28.4
edel vergolbet nur 28.4
Goldblechleiste nur 28.4
Garantie für jede Uhr. Von den Uhren verkaufte jährlich ca. 10 000 Stück
Uhren-Klose, Berlin SW. 141, Zossener Strasse 8.

**Breuer's
Strangtabak**
aus der alten Tabakfabrik Ludwigs-Breuer, Köln
allgemein beliebt.
Kleinverkaufspreis Mk. 1,75 pro Rolle.
Breuers Goldband in 1 Pfd. Mk. 0,90.

Käse
steifere portfrei Haus-
2 rote Kugelhäse
Edamer Form ca.
9 Pfund M. 5,20
2 Spezialkäse ohne
Rinde in Staniol
9 Pfd. M. 7,50
C. Jaaks, Eutin 9
Sollstein

Wollwachen
werden zu dauerhaften
Herren- und Damenklei-
den billig verarbeitet in der Wollweber-
Lardenbach 65 (Oberhe-
Verl. Sie Muster portofrei

Meine Seele singt! Gedichte. • 75 Pf

Gartenfreunde!
Besorgt zeitig die Herbstfaat. Erneuert
jetzt Erdbeerecke. Pfanzt im Herbst
Rosen, Beerensträucher, Buchsbaum u. Baum-
denk an Spargeln, Tulpen, Strohbl. für
Winter- u. Frühjahrsbl. Verlangt sofort
kostenfrei den Herbstkatalog mit vielen
Bildern u. Anweisungen. Schreibt gleich
Adlerfaat-Samenzucht
Adler & Co. • Erfurt